

frei denken.

Das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz

freidenken. Herbst 2020/3



Korrekt.

Über den Umgang mit Minderheiten, Mehrheiten, Spinnern, unserer Sprache, Opfern, Tätern, Symbolen und Geschichte

INHALT

EDITORIAL

Wie viel freie Rede, wie viel Rücksichtnahme? **3**

AKTUELL | NEWS

Schweiz **4**

International **5**

Aufgefallen **6**

PRO & KONTRA

Massnahmen gegen «potenzielle Terroristen»:
Hausarrest für Gefährder? **7**

FREIDENKEN | HINTERGRUND

Wie diskriminierend ist die Schweiz? **8**

Donaudampfschiffahrtskapitänel*?_nnen –
42 Zeichen setzen für mehr Sprachgerechtigkeit **11**

Wie das Christentum den Rassismus erfand **12**

Darf man über Religiöse und Atheisten lachen? **14**

Doppelt diskriminiert: Wie es sich anfühlt,
schwarz und atheistisch zu sein **16**

Muss Escher weg? **18**

FREIDENKEN | GESPRÄCH

Interview mit Markus Erb: Stark und biegsam **20**

Interview mit Zarina Tadjibaeva: «Metamorphosen
sind mit Schmerzen verbunden.» **23**

FEEDBACK | FORUM

Buchtipps **24**

Ratgeber/Leser- und Leserinnen-Forum **25**

AGENDA | INFOS

Versammlungen, Notizen **26**

SCHLUSS | PUNKT

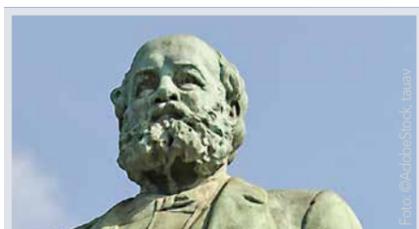
Berühmte Atheisten: Neil deGrasse Tyson **27**

FREIDENKENDE | EVENTS

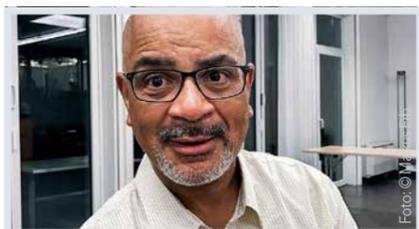
«Metamorphose» –
eine Theater-Tanz-Performance **28**



Wie diskriminierend ist die Schweiz?
Von Sandro Bucher **Seite 8**



Der Historiker Dr. Benedikt Meyer: Müssen Escher
und andere Denkmäler weg? **Seite 18**



Interview mit dem Juristen und Widerstands-Coach
Markus Erb: Stark und biegsam **Seite 20**

IMPRESSUM

Herausgeberin: Freidenker-Vereinigung der Schweiz, www.frei-denken.ch
Geschäftsstelle: 3000 Bern
Tel. 076 805 06 49, info@frei-denken.ch
Bank CLER CH51 0844 0420 2642 9003 0

Erscheinungsweise vierteljährlich: 1. März, 1. Juni, 1. September, 1. Dezember

Redaktionsschluss: jeweils der 5. des Vormonats

Auflage: 1700

Redaktionskommission: Vera Bueller & Pietro Cavadini (Co-Leitung),
Simone Krüsi (Geschäftsleitung FVS), Sandro Bucher, Anne Boxleitner,
Beat Moser, Eliane Schmid, Iris Schulz

Jahresabonnement: Schweiz: Fr. 35.–, Ausland: Fr. 40.– (B-Post)
Zweitabonnement für Mitglieder aus der Romandie und dem Tessin: Fr. 10.–
Probeabonnement: 2 Nummern gratis

Korrektorat: Claude Fankhauser; Petra Meyer, www.korrektorium.ch

Gestaltung: Vera Bueller, www.selezione.ch; Pietro Cavadini, www.mindbombs.ch
Druck und Spedition: Swissprinted.ch

ISSN 1662-9043

102. Jahrgang (2015 korrigiert)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge können, müssen aber nicht mit der Ansicht
der Redaktion übereinstimmen.

EDITORIAL

Wie viel freie Rede, wie viel Rücksichtnahme?

Wie viel Diskriminierungsschutz soll es sein? Diese Frage stellten wir uns als Organisation im vergangenen Herbst im Vorfeld der Abstimmung über die Anpassung des Strafgesetzbuchsartikels 261^{bis}. Können wir für eine Ausweitung des Antidiskriminierungsartikels plädieren, wo wir doch gleichzeitig dafür eintreten, dass der ältere Teil dieses Artikels entschlackt wird, der religiöse Ideen vor Kritik schützt?

Im Zentralvorstand fanden wir: Ja, es ist eine kohärente, humanistische Position, sich für die Ausweitung des Schutzes vor Diskriminierung auf die sexuelle Orientierung einzusetzen und gleichzeitig die Haltung zu vertreten, dass religiöse Bekenntnisse – wie auch politische Überzeugungen oder Präferenzen für eine bestimmte Sportart oder Kunstform – keinen staatlichen Schutz vor Kritik inklusive Spott verdienen.

Das sah im November 2019 auch der Grosse Vorstand so, der sich nach einer angeregten Diskussion ohne Gegenstimme für eine Unterstützung der Kampagne «Ja zum Schutz» aussprach. Die Volksabstimmung wurde dann mit

63 Prozent Ja-Stimmen deutlich gewonnen und unser Engagement von den Homosexuellenverbänden sehr geschätzt.

Die Debatte darüber, was wo durch wen gesagt werden darf und inwieweit der Staat hier verbindliche Regeln aufstellen soll, ging und geht aber natürlich weiter. Und sie hat sich ausgeweitet. Wann tun wir gut daran, Speisen umzubenennen und Vertreter (um -innen geht's hier kaum je) vergangener Epochen wortwörtlich von ihren Sockeln zu stossen? Und wann laufen wir Gefahr, überkorrekt zu sein?

Diese Fragen greift die aktuelle *freidenken*-Ausgabe mit Beiträgen zur Schweiz und anderen Teilen der Welt auf. Viel Spass beim Lesen!



ANDREAS KYRIACOU

¹⁾Siehe frei-denken.ch/ResolutionBlasphemieverbot

SCHWEIZ

Neues aus Freiburg

Die Westschweizer Zeitschrift «L'illustré» berichtete Mitte Juli 2020 über den Domherrn Alain Chardonnens (den designierten Nachfolger des inzwischen zurückgetretenen Domherrn Paul Frochoux). Er soll eine Dating-Plattform für Homosexuelle genutzt und sein Profil entsprechend bebildert haben. Das zeigt zwar eine eklatante Doppelmoral (siehe dazu SRF 1, Sternstunde Religion, 29. März 2020), ist aber nicht strafbar und darf nicht von den wesentlichen Fragen ablenken: Wie konnte eine wichtige Aktennotiz verschwinden? Wieso wurde eine Aktennotiz erst als «nichtssagend» bezeichnet, die gemäss aktuelleren Berichten das Wort «Pädophilie» enthält? Was ist die Rolle der Bistumsleitung? – Wir bleiben dran. (bm)

Katholische Kirche: Kein Interview mit dem Homosexuellen Kurt Aeschbacher

Am 18. Juni hat der bekannte Fernsehmoderator Kurt Aeschbacher auf Facebook folgenden Beitrag gepostet: «Meine erstaunlichen Erfahrungen mit einer katholischen Zeitschrift: Es war ein harmloses Interview über Gott und die Welt, das ein freier Journalist für das Schweizerische katholische Sonntagsblatt mit mir führte. Ein Gespräch, das die Chefredaktorin als «gut gelungen» lobte, bis die Mitteilung kam, dass das Interview «ungeeignet» sei, sprich rausgeschmissen werde. Begründung des Verlags und des geistlichen Leiters des Heftes, Generalvikar im Bistum Chur, Andreas Fuchs: «da Herr Aeschbacher bekennender Homosexueller ist».

Eine erstaunliche Haltung im 21. Jahrhundert. Nach meiner Intervention, diese diskriminierende Begründung öffentlich zu machen, erhielt ich subito die lapidare Nachricht: «Die Sache ist dumm gelaufen.» Man wolle nun das Gespräch doch publizieren. Ob oder nicht, ist mir völlig wurst. Nicht gleichgültig ist mir jedoch, was konservative katholische Kreise über Minoritäten denken. Wie heisst es doch so schön: Wer im Glashaus sitzt...

PS: Soeben habe ich erfahren, dass dem Journalisten, der das Interview mit mir machte, sämtliche Aufträge entzogen wurden.»

Der Facebook-Beitrag wurde 2328 Mal geliked, 873 Mal kommentiert und 887 Mal geteilt (Stand Anfang August). (Bue)

Corona: Eine Strafe Gottes und die Bibel als Impfstoff



«Coronavirus ist nicht aus China! Coronavirus ist ein himmlischer Anschlag auf unsere Moral! Die Gelegenheit zur Umkehr!» Diese befremdliche Botschaft prangte im Sommer an diversen Plakattafeln in der Deutschschweiz. Die Aktion hat den Bieler CVP-Stadtrat und Journalisten Mohamed Hamdaoui auf den Plan gerufen. Auf seiner Facebook-Seite schreibt er: «Die Urheber der Kampagne behaupten tatsächlich, die Pandemie sei eine Strafe Gottes und preisen die Bibel sinngemäss als Impfstoff – wobei der Ausdruck «Bibel» ebenso gut durch den Koran oder die Thora ersetzt werden könne. Gegenüber dem Bieler Tagblatt fügte er hinzu: «Wer jetzt behauptet, dass man durch Beten gesund wird, darf das meinetwegen in der Kirche, aber nicht im öffentlichen Raum verkünden, denn dann bekommen solche Aussagen einen kriminellen Charakter.»

Der Politiker tritt nicht zum ersten Mal an die Öffentlichkeit, wenn es um religiöse Botschaften geht. Schon 2018 hatte er eine ähnliche Kampagne auf Bieler Trolleybussen kritisiert (wir haben im FD-Magazin 4/2018 darüber berichtet). Er und seine Mitstreiter hatten ein Postulat für ein Verbot von Reklame mit religiösem Inhalt eingereicht. Es wurde dann ein Expertengutachten in Auftrag gegeben. Seither hat sich nichts mehr getan. Hamdaoui will nun erneut Druck machen. Urheber des Plakats ist diesmal übrigens nicht die Agentur C, ein christlicher Verein aus Lyss, sondern Hans-Peter Zbinden: Das Evangelisieren ist ein Hobby des Burgdorfers. (Bue)

INTERNATIONAL

Nigeria: UN-Experten fordern Freilassung von nigerianischem Atheisten

Seit Ende April befindet sich Mubarak Bala, der Präsident der Humanistischen Vereinigung von Nigeria, wegen angeblich blasphemischer Äusserungen in Haft. Er hatte sich in den sozialen Medien kritisch gegenüber dem Propheten Mohammed geäussert und festgestellt, dass Allah nicht existiere, Covid-19 hingegen schon, weswegen es sinnvoller sei, zu handeln statt zu beten. UN-Menschenrechtsexperten fordern nun die nigerianischen Behörden mit Nachdruck auf, Mubarak Bala unverzüglich freizulassen.

Da in einigen Staaten im Norden Nigerias islamisches Recht (Scharia) gilt, droht Bala aufgrund der Anschuldigung die Todesstrafe. «Wir sind zutiefst beunruhigt über den ernsten Mangel an Rechtsstaatlichkeit im Fall von Mr. Bala», erklären die UN-Experten in ihrem öffentlichen Statement. «Ihm wurden bislang weder Besuche von einem Rechtsanwalt noch von Familienmitgliedern erlaubt.» (Bue)

Unterstützungskampagne auf humanists.international

Spanien: Recycling für religiöse Symbole



Verblichene Heiligenbilder, zerlesene Gebetbücher, alte Familienbibeln, sich auflösende Rosenkränze und das grosse Holzkreuz der Grosseltern stapeln sich in zahlreichen spanischen Abstellkammern, Kellern und auf Dachböden. Nach kanonischem Recht dürfen Sakramentalien nämlich nicht einfach in den Müll geworfen werden. Sie sollen verbrannt und ihre Asche soll vergraben werden. Da dies im städtischen Raum alles andere als einfach ist, hat die Gemeinde Sagrada Familia in Málaga nun eine Recycling-Box für diese Objekte eingerichtet. (Bue)

Frankreich: Mutige Bioethik-Reform

Frankreichs Konservative und Kirchen laufen Sturm gegen das neue Bioethik-Gesetz. Es gesteht allen Frauen in Frankreich unter 43 Jahren das Recht auf eine künstliche Befruchtung als Krankenkassenleistung zu, darunter auch alleinstehenden Frauen und lesbischen Paaren. Ab 18 Jahren sollen Kinder ausserdem das Recht haben, zu erfahren, wer ihr genetischer Vater ist. Ebenso soll «Social Egg Freezing» sowie eine Eizell- und Samenspende bei ein und demselben Kinderwunschpaar erlaubt sein. Damit sind Verfahren möglich, in denen das Kind bis zu vier Elternteile hat – zwei genetische und zwei soziale Eltern. Vehement gegen das Vorhaben hatte sich Frankreichs katholische Kirche gestellt. Der Bioethik-Beauftragte der Französischen Bischofskonferenz, Erzbischof Pierre d'Ornellas, erklärte in einer ersten Reaktion nach der Annahme des Gesetzes durch die Nationalversammlung (es muss noch vor den Senat), die Abgeordneten wollten «den Vater vollständig aus dem Akt der Empfängnis streichen». (Bue)

Polen: Frauen-Gewaltschutz in Gefahr

Mit dem Wahlspruch «Wir werden keine Opfer sein!» demonstrierten mehrere Tausend Frauen in Warschau gegen den Plan der polnischen Regierung, die «Istanbul-Konvention» aufzukündigen, ein internationales Abkommen zum Schutz von Frauen vor Gewalt. Für den polnischen Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro handelt es sich bei dem Vertrag um eine «feministische Schöpfung zur Rechtfertigung homosexueller Ideologie». Frauen und Menschen aus der LGBTQI-Community sind in Polen zunehmend Anfeindungen und tätlichen Angriffen ausgesetzt. Die Europäische Union reagiert darauf mit dem Zurückhalten von Fördergeldern. (Bue)

Pakistan: Wegen Blasphemievorwurf im Gerichtssaal erschossen

In der pakistanischen Millionenstadt Peschawar wurde im Juli ein Mann erschossen, der wegen Blasphemie vor Gericht stand. Laut «Hindustan Times» hatte Ahmad behauptet, selbst der Prophet des Islams zu sein. Sowohl der Angeklagte als auch der Schütze waren Muslime, gehörten jedoch unterschiedlichen islamischen Strömungen an. Gegenüber der Polizei erklärte der Schütze, der Prophet Mohammed sei ihm im Traum erschienen und habe ihm den Auftrag erteilt, Ahmad zu töten. (Bue)

AUFGEFALLEN

Aufruf gegen Konformismus, Dogma und Zensur!

In einem offenen Brief im US-amerikanischen «Harper's Magazine» fordern über 150 Persönlichkeiten mehr Offenheit in der Debattenkultur – unterzeichnet unter anderem von bekannten Intellektuellen wie Margaret Atwood, Noam

Chomsky, Salman Rushdie, J. K. Rowling und Daniel Kehlmann. Sie prangern in ihrem Brief eine «ideologische Konformität» an und sprechen sich gegen einen ihrer Ansicht nach intoleranten Zeitgeist aus.

«Unsere Kulturinstitutionen stehen vor einer Prüfung. Heftige Proteste für Rassengleichheit und soziale Gerechtigkeit führen zu Forderungen nach einer längst überfälligen Polizeireform und nach mehr Gleichheit und Integration in unserer Gesellschaft, nicht zuletzt in der Hochschulbildung, im Journalismus, in der Philanthropie und in den Künsten. Aber diese notwendige Abrechnung hat auch zu einer Reihe von neuen moralischen Einstellungen und politischen Geboten geführt, die geeignet sind, unsere Normen der offenen Debatte und der Toleranz gegenüber Differenzen zugunsten ideologischer Konformität zu schwächen. Während wir der ersten Entwicklung applaudieren, erheben wir auch unsere Stimme gegen die zweite. Die Kräfte des Illiberalismus gewinnen in der ganzen Welt an Stärke und haben mit Donald Trump einen mächtigen Verbündeten, der eine echte Bedrohung für die Demokratie darstellt. Aber der Widerstand darf sich nicht zu einem eigenen Dogma oder Zwang verfestigen, den rechte Demagogen bereits ausnutzen. Die demokratische Integration, die wir wollen, kann nur erreicht werden, wenn wir uns gegen das intolerante Klima aussprechen, das auf allen Seiten entstanden ist.

Der freie Austausch von Informationen und Ideen – das Lebenselixier einer liberalen Gesellschaft – wird von Tag zu Tag eingengter. Während wir dies von der radikalen Rechten zu erwarten gewohnt sind, breitet sich aber auch in unserer Kultur die Zensur immer weiter aus: Intoleranz gegenüber anderen Ansichten, ein Trend zu öffentlicher Beschämung und Ausgrenzung und die Tendenz, komplexe politische Fragen in einer eigenen moralischen Gewissheit aufzulösen. Wir halten den Wert einer robusten und sogar bissigen Gegenrede von allen Seiten hoch. Aber es ist heute nur allzu häufig so, dass als Reaktion auf angebliche Abweichungen in Reden und Gedanken schnelle und schwere Vergeltungsmassnahmen gefordert werden. Noch beunruhigender ist, dass Verantwortungsträger als Schadensbegrenzung panisch übereilte und unverhältnismässige Strafen verhängen, anstatt überlegte Reformen durchzuführen. Redakteure werden entlassen, weil sie umstrittene Beiträ-

Im Original mit der Liste der Unterzeichnenden:
harpers.org/a-letter-on-justice-and-open-debate

ge verfasst haben; Bücher werden wegen angeblicher Irrtümer zurückgezogen; Journalisten dürfen nicht über bestimmte Themen schreiben; gegen Professoren wird ermittelt, weil sie Literaturwerke im Unterricht zitiert haben; ein Forscher wird entlassen, weil er eine von Fachkollegen begutachtete akademische Studie in Umlauf gebracht hat; und die Leiter von Organisationen werden wegen manchmal nur ungeschickter Fehler entlassen. Unabhängig von den Argumenten, die bei jedem einzelnen Vorfall vorgebracht werden können, wurden die Grenzen dessen, was ohne die Androhung von Repressalien gesagt werden kann, immer enger gezogen. Wir zahlen bereits den Preis mit einer grösseren Risikoaversion bei Schriftstellern, Künstlern und Journalisten, die um ihren Lebensunterhalt fürchten, wenn sie vom Konsens abweichen oder es ihnen sogar an ausreichendem Überzeugungseifer mangelt.

Diese erstickende Atmosphäre wird letztlich die Lösung der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit behindern. Die Einschränkung der Debatte, sei es durch eine repressive Regierung oder eine intolerante Gesellschaft, schadet immer denen, denen es an Macht fehlt, und behindert sie an der demokratischen Teilnahme. Der Weg, schlechte Ideen zu besiegen, liegt im Entlarven, Argumentieren und Überzeugen, nicht im Versuch, sie zu unterdrücken oder wegzuwünschen. Wir lehnen die falsche Wahl zwischen Gerechtigkeit und Freiheit ab, die ohne einander nicht existieren können. Als Schriftsteller brauchen wir eine Kultur, die uns Raum für Experimente, Risikobereitschaft und sogar für Fehler lässt. Wir müssen uns die Möglichkeit bewahren, Meinungsverschiedenheiten in gutem Glauben und ohne schlimme berufliche Konsequenzen auszutragen. Wenn wir nicht genau das verteidigen wollen, wovon unsere Arbeit abhängt, sollten wir nicht erwarten, dass die Öffentlichkeit oder der Staat sie für uns verteidigt.»

PRO & KONTRA

Massnahmen gegen «potenzielle Terroristen»: Hausarrest für Gefährder?



JACQUELINE DE QUATTRO
Anwältin
Nationalrätin FDP

Der Terrorismus erschüttert unsere Gesellschaft und bedroht Freiheit, Grundrechte und Sicherheit. Die Schweiz ist keine Insel der Sicherheit und hat die hoheitliche Aufgabe, Gefahren für die innere Sicherheit vorzubeugen. Die Schweiz hat eine vorausschauende Drei-Säulen-Strategie entwickelt: den 2017 von Bund und Kantonen verabschiedeten Nationalen Aktions-

plan gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus, die Teilrevision des Strafgesetzbuches und das von den Kantonen geforderte Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen, das die territoriale Sicherheit garantieren soll.

Der Bundesrat hat dem Parlament neue Polizeimassnahmen vorgelegt, die die sozialen, integrativen und therapeutischen Massnahmen der Städte, Gemeinden und Kantone unterstützen und ergänzen. Der Bund wirkt hier primär koordinierend und unterstützend.

Der Hausarrest ist streng geregelt. Fedpol kann einen potenziellen Terroristen nur unter Hausarrest stellen, wenn konkrete Indizien eine erhebliche Gefahr für das Leben oder die körperliche Unversehrtheit Dritter zeigen oder wenn er gegen eine Präventivmassnahme verstossen hat.

Diese Ultima Ratio für Rückfalltäter ist keine dem Ermessen der Polizei überlassene Massnahme oder eine Stigmatisierung Unschuldiger wegen «vager Drohungen».

Es gibt auch Beschränkungen. Fedpol kann aus wichtigen Gründen Ausnahmen vom Hausarrest gewähren (z. B. Gesundheit, Beruf, Bildung, Glaubens- oder Familienfreiheit). Auch muss Fedpol unverzüglich das Zwangsmassnahmengericht informieren, das Rechtmässigkeit und Angemessenheit des Hausarrests prüft.

Schliesslich darf der Kontakt zur Aussenwelt nur so weit reduziert werden, wie es der Vollzug der Massnahme erfordert. Ihre Dauer ist auf drei Monate begrenzt und kann maximal zweimal verlängert werden.

Mit diesen Massnahmen kann die Schweiz ihre Mittel zur Terrorismusbekämpfung den aktuellen Problemen anpassen und verantwortungsvoll handeln. Denn Sicherheit ist ein Grundrecht.

Übersetzung aus dem Französischen



LIC. IUR. KATJA CHRIST
Anwältin
Nationalrätin glp

Terrorismus ist eine ernste Bedrohung. Es ist daher richtig, die gesetzlichen Instrumentarien gegen Terrorismus regelmässig zu überprüfen und auf veränderte Bedrohungslagen zu reagieren. Dabei sind die rechtsstaatlichen Grundsätze aber strikt zu wahren und Einschränkungen der Grundrechte sind abzulehnen.

Das neue Gesetz betreffend polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus stellt diese rechtsstaatlichen Grundsätze aber in verschiedenen Punkten infrage, denn es betrifft nicht die Aufklärung und Verfolgung begangener Straftaten, sondern sieht neue präventive Massnahmen inklusive der Möglichkeit von Hausarrest für Gefährder vor. Bei diesen soll es sich um eine «potenziell gefährliche Person» handeln. Diese Umschreibung ist völlig unklar und nutzlos, die theoretischen Anwendungsfälle sind grenzenlos. Ist nicht jeder Mensch zumindest potenziell gefährlich? Wer entscheidet, wer als «potenziell gefährliche Person» gilt, und aufgrund welcher Kriterien? Die neuen Massnahmen schränken die Grundrechte der betroffenen Personen grundlegend ein, obwohl sich diese nichts zuschulden kommen lassen haben – es steht «nur» die Befürchtung im Raum, dass sie es könnten.

Das Strafverfahren wandelt sich immer mehr zu einem Instrument der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung. Menschen stehen zunehmend unter Generalverdacht. Die Unterscheidung zwischen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung, zwischen Prävention und Repression wird «flüchtig». Die zentrale Frage ist: Wie viel sind wir bereit, für die Gefahrenabwehr zu opfern, damit wir nicht mehr verlieren, als wir gewinnen? Wie viel Freiheit, wie viel Rechtsstaat, wie viele falsch positive Fälle, wie viele unserer Grundwerte! Menschenrechte dürfen keinesfalls im Namen der terroristischen Bedrohung geopfert werden! Unrecht darf nicht mit Unrecht bekämpft werden. Die bisherige Gesetzgebung hätte weitgehend ausgereicht, um Terror zu bekämpfen. Terroristen sind Kriminelle, und als solche müssen sie verfolgt und auch hart bestraft werden. Dieses Gesetz macht die Schweiz nicht sicherer, sondern untergräbt unseren Rechtsstaat.

Wie diskriminierend ist die Schweiz?

VON SANDRO BUCHER

Proteste gegen Polizeigewalt und Rassismus, die Abstimmung über ein neues Anti-Diskriminierungsgesetz, Debatten um den «Mohrenkopf»: Die Schweiz muss sich 2020 mit systematischer und struktureller Unterdrückung auseinandersetzen.

Mehr als jede zweite in der Schweiz lebende Person gibt an, aufgrund ihrer Nationalität in den letzten fünf Jahren diskriminiert worden zu sein. Mehr als jede vierte aufgrund ihrer Sprache oder ihres Akzents, rund jede fünfte wegen ihres Geschlechts oder ihrer beruflichen Position. Das berichtet das Bundesamt für Statistik.

Weiter zeigt eine Anfang Juli erschienene Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft ZHAW, dass rund die Hälfte aller Schweizer Jüdinnen und Juden in den letzten fünf Jahren in direkten Begegnungen oder online antisemitisch belästigt wurde und der Meinung ist, Antisemitismus stelle ein zunehmendes Problem dar. Und der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR wurden im vergangenen Jahr 352 rassistische Vorfälle gemeldet – das entspricht einem Anstieg von 30 Prozent gegenüber 2018.

Das sind die offiziellen Zahlen. Expertinnen und Experten vermuten jedoch,

dass diese mit einer noch viel höheren Dunkelziffer einhergehen.

Wie diskriminierend ist die Schweiz also wirklich? Und verschlimmert sich die Lage tatsächlich, wie die Zahlen vermuten lassen? Immerhin steht die öffentliche Diskriminierung von Personen und Personengruppen wegen ihrer «Rasse», Ethnie, Religion und neu auch sexuellen Orientierung hierzulande unter Freiheits- und Geldstrafe.

Hohe Dunkelziffer

Einer der Experten, der diese Zahlen nur als Spitze des Eisbergs sieht, ist Dominic Pugatsch, Direktor der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus*: «Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass grundsätzlich vor allem die schlimmsten Vorfälle gemeldet werden. Diskriminierung im Alltag, sei das in der Schule, auf der Arbeitsstelle, bei der Wohnungssuche, in den öffentli-

chen Verkehrsmitteln, im Internet... Solche Vorfälle werden von den Betroffenen häufig nicht gemeldet, weil sie eben leider schon als alltäglich empfunden werden.»

Dies bestätigen auch Marianne Aeberhard, Geschäftsleiterin, und David Mühlemann, Jurist bei humanrights.ch: «Der Anteil an gemeldeten Vorfällen von Diskriminierung dürfte im Vergleich zur Dunkelziffer verschwindend klein

sein. Die Hürden und Risiken, denen man sich aussetzt, wenn man sich gegen eine rassistische Diskriminierung wehren will, schrecken viele Menschen davon ab, Vorfälle zu melden.» Der Anstieg könne also genauso gut auf das grössere Engagement und Sensibilisierungskampagnen der Beratungsstellen zurückzuführen sein.

Zusätzlich seien sie auch ein Zeugnis für mehr Zivilcourage, ergänzt Pu-

gatsch: «Immer mehr Betroffene haben den Mut, die Diskriminierung, die sie erfahren, nicht mehr schweigend hinzunehmen. Sie wollen auf die Missstände aufmerksam machen.» Denn vielen Nicht-Betroffenen sei weiterhin nicht bewusst, dass Diskriminierung auch heute noch den Alltag vieler ihrer Mitmenschen bestimmt.

Wirkungslose Kontrollmechanismen

Woran liegt das? Internationale Menschenrechtsorganisationen kritisieren schon länger, dass der Schweiz ein allgemeines Anti-Diskriminierungsgesetz fehle. Erst Ende März hat der Anti-Diskriminierungsausschuss des Europarats (ECRI) die Schweiz erneut für ein fehlendes, umfassendes Anti-Diskriminierungsgesetz gerügt – also wenige Wochen nach der erfolgreichen Abstimmung zum Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der dazugehörigen Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes.

«Ein allgemeines Anti-Diskriminierungsgesetz wäre eine fruchtbare Ergänzung zu dem spezialgesetzlichen Diskriminierungsschutz, wie wir ihn in der Schweiz kennen», sagen Aeberhard und Mühlemann. «Es darf nicht länger sein, dass beispielsweise ein Wirt unter dem Vorwand der Wirtschaftsfreiheit zwei küssende Männer aus dem Restaurant werfen darf.» Dazu gehöre aber auch, dass der Staat Diskriminierung, welche von ihm ausgeht, als solche anerkennt. «Erst wenn wichtige Schlüsselpersonen – sei es eine Führungsperson bei der Polizei, in einer Schule oder in der Politik – das Problem anerkennen, können effektive Massnahmen dagegen entwickelt werden.»



Foto: © AdobeStock, pololia

Verändertes Bewusstsein

Damit dieses Bewusstsein zumindest gesellschaftlich geschaffen wird, brauche es leider manchmal gewisse «Trigger-Events», sagt Pugatsch. Also beispielsweise Ereignisse wie den Todesfall von George Floyd, der Ende Mai im US-Bundesstaat Minnesota bei einer gewaltsamen Festnahme getötet wurde und dessen Tod grossflächige Proteste in weiten Teilen der Welt auslöste.

Auch in Zürich, Bern, Genf und vielen weiteren Schweizer Städten haben mehrere Tausend Menschen gegen Rassismus und Polizeigewalt demonstriert – die Debatten um das Abreißen von Statuen und Denkmälern mit diskriminierender Vergangenheit sowie Diskussionen um die Bezeichnung «Mohrenkopf» sind noch immer im Gange. Und dies trotz globaler Pandemie. Ist das also der Wendepunkt?

«Die Auseinandersetzung mit diesen Themen, die steigenden Zahlen Protestierender, all das zeigt, dass sich das Bewusstsein in den letzten Jahren definitiv verändert hat», sagt Pugatsch. «Bei den Menschen wurde ein Gedankenprozess ausgelöst. Sie stellen sich vermehrt die Frage, wie es den Minderheiten im Land geht, und sehen am Beispiel des Mohrenkopfs auch, dass Rassismus und Diskriminierung bereits bei der Sprache beginnen.»

«Die Schweiz soll ihre Vielfalt endlich anerkennen»

Die steigenden Teilnehmendenzahlen an den «Black Lives Matter»-Protesten in der Schweiz hätten auch sie nicht überrascht, sagt die Schweizer Historikerin und Rassismus-Expertin Christina Späti von der Universität Freiburg in einem Interview mit SRF News. Sie seien sogar absehbar gewesen. Späti begründet das damit, dass die Schweiz in den letzten Jahren viel diverser geworden sei, viele Leute hier aufge-

wachsen seien und das Gefühl hätten, dass sie eigentlich dazugehören müssten, «es sich dann jedoch oft zeigt, dass sie doch nicht dazugehören». Teilweise seien diese Proteste nun sicher ein Hype, doch es sei auch zu hoffen, dass es der Beginn einer Debatte in der Schweiz sei, sagt Späti weiter: «Eine wirkliche Debatte hat es hier bisher nämlich nicht gegeben.»

56 Prozent mit Migrationshintergrund

Als Kernproblem für die bisher ausbleibende Debatte und die Diskriminierung in der Schweiz sehen Aeberhard und Mühlemann von humanrights.ch die fehlende politische Mitbestimmung – mehr als ein Viertel der hierzulande lebenden erwachsenen Bevölkerung ist davon nämlich ausgeschlossen. «Aus demokratietheoretischer Sicht ist dies absolut unhaltbar, die Schweiz war und ist schon immer geprägt von Migration und ist bezüglich ihrer Vielfalt ein europaweites Vorbild.» Tatsächlich haben beispielsweise 56 Prozent aller Kinder von 0 bis 6 Jahren in der Schweiz einen Elternteil mit Migrationshintergrund. «Wir sprechen hier also nicht mehr von einer Minderheit, sondern von Mehrheiten. Die Schweiz sollte diese Vielfalt endlich anerkennen», sagen Aeberhard und Mühlemann.

Pugatsch ist überzeugt, dass sich die Problematik der fehlenden Debatte nun ändern wird. «Gerade die jüngeren Generationen wachsen diverser auf, sind sehr an Themen wie Rassismus und Antisemitismus interessiert, und es wird auch viel offener über Diskriminierung und Mobbing gesprochen.» Deswegen sei es wichtig, Kinder bereits früh für diese Themen zu sensibilisieren. «Wie man miteinander umgeht und spricht, muss fester Bestandteil in den Schulen werden. Und eben auch, dass alle Formen der Diskriminierung bereits bei der Sprache anfangen, sei das bei der Hautfarbe, der Sexualität

oder bei Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung.»

Selbstreflexion, Bildung, Sensibilisierung

Diskriminierung hat viele Gesichter, von denen aktuell Rassismus die öffentliche Debatte dominiert. Wie aber steht es um andere Formen der Unterdrückung in der Schweiz? Beispielsweise um Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Geschlechterdiskriminierung, Altersdiskriminierung oder um die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung?

«Es ist ein stetiger Prozess, eine gesellschaftliche Entwicklung. Und einiges hat sich im Vergleich zu früher schon geändert», sagt Pugatsch. «Viele diskriminierende Bezeichnungen, die vor einigen Jahren noch gang und gäbe waren, sind bereits heute nicht mehr Teil unseres alltäglichen Sprachgebrauchs.» Wichtig sei, stets dranzubleiben und nicht zu schweigen. «Letztlich geht es bei allen Formen der Diskriminierung darum, das Phänomen zu erkennen und sich dann zu fragen, wie ich verantwortungsvoll damit umgehe. Zentral sind Selbstreflexion, Bildung und Sensibilisierung.»

Aeberhard und Mühlemann ergänzen die gesellschaftliche Teilhabe und Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen. «Es muss eine Gesellschaft angestrebt werden, in welcher Differenz und Vielfalt zur neuen Normalität werden. Eine bessere Repräsentation von Schwarzen, Menschen mit Behinderungen oder muslimischen Frauen mit Kopftuch würde dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und diskriminierende Übergriffe zu verhindern.» Das System werde sich allerdings nicht selber reformieren, es brauche hierzu weiterhin ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement. ■

*Dominic Pugatsch hat die Geschäftsführung der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus auf den 1. August abgegeben. Das Interview mit ihm wurde am 27. Juli geführt.

Donaudampfschiff-fahrtskapitänel*?_nnen

42 Zeichen setzen für mehr Sprachgerechtigkeit

VON PETRA MEYER

Es vergeht kein Tag, an dem ich mich als freiberuflicher Korrektor nicht mit geschlechtergerechter deutscher Sprache befassen würde – oder: herumschlagen muss. Doch zu Beginn unserer kurzen Zeitreise in die Welt der Buchstaben und Zeichen ins vorweg: Das «generische Maskulinum» und dass sich Frauen auch bei männlichen Wortkonstruktionen mitgemeint fühlen sollen, ist evidenterweise widerlegt¹ und rein demografisch² betrachtet komplett statistikwidrig.

Ein schräger Vogel in der Sprachlandschaft

Es war die Geburt des/der Arztes/in: Mitte der 1970er-Jahre war der Schrägstrich das am meisten verbreitete Mittel der Wahl, um – der feministischen Sprachwissenschaftlerin Luise F. Pusch und ihren Kolleginnen folgend – Texte «nicht sexistisch» zu formulieren. So kämpferisch das Anliegen war, so unles- und unbrauchbar war es, wie die eben genannte ärztliche «Operation am offenen Wort» deutlich zeigt.

Erstes Binnenland mit Binnen-I

Das grosse I folgte ein paar Jahre später: Es ersetzte den Schrägstrich und könnte insofern als Steigerung der feministischen Position gelten, als dass der weibliche Wortanschluss nun sogar grossgeschrieben war. Die linke Schweizer Wochenzeitung WOZ verwendet das mitten im Wort stehende Binnen-I übrigens seit 1983 (noch vor der Berliner taz) und bis heute. Obwohl, so ganz zu überzeugen vermag auch diese Lösung nicht – schauderlich zum Beispiel: jederR AnwältIn.

Im Würgegriff der Klammer

Ob die Entwicklung mit der wachsenden Aufmerksamkeit für das Thema häusliche Gewalt einherging, lässt sich selbstverständlich nicht verifizieren: Die fast etwas martialisch wirkende Schreibweise mit Klammer ist besonders dann gebräuchlich, wenn die weibliche Form im Wortinneren verhandelt wird, etwa bei Kolleg(in)en. Laut Duden sind allerdings Schreibweisen wie Arzt(in) unzulässig.

(Un-)Mut zur Lücke

«Mind the Gap!» – Was Londoner Tube-Reisende tunlichst beherzigen sollten, ist auch hierzulande nicht verkehrt. Der Gender-Gap oder Unterstrich mitten im Wort begann ab 2003 das Schriftbild zu verändern. Im Zuge der Diversity-Debatte entwickelt, um auch Menschen mit nicht definierter Geschlechtsidentität sprachlich ein Gesicht geben zu können, nötigt diese Variante den Vorleser zum Stotter-Halt: ein_e Beamt_er_in. Da ist eindeutig Luft(schnappen) nach oben...

Sternleinsackzementnochmal! – oder was Gendersternchen uns antun

Ja, wir sind alle aus Sternenstaub gemacht – ob männlich, weiblich, trans, terrestr- oder extraterrestrisch oder alderaanisch – und das ist einfach wunderbar.

Doch eines unseligen Tages vor zwei Jahren fielen zumindest meine Sterne allesamt in einem Mal vom Himmel, nämlich, als ich Folgendes zu korrigieren hatte: «Jede*r ist seines*ihres Glückes Schmied*in.» Und zum ersten Mal in meinem über zwanzigjährigen Berufsleben musste ich mich entschieden verweigern...

Es geht doch! Die Sprachwelt als Wille und Vorstellung

Wo ein Wille ist, ist auch ein Wort. Oder zwei: Nebst der von mir empfohlenen Paarform, in der jeweils beide Geschlechter explizit genannt werden – und dafür bieten ja zum Beispiel Online-Medien mehr als genügend Platz! –, darf es doch ruhig auch etwas kreativer zu und her gehen. So kann bei Aufzählungen zwischen den Geschlechterformen abgewechselt werden. Wieso also nicht: «Die Lebensmittelingenieurin, der Supermarkt-Kassierer, die Theologieprofessorin und der Kindergärtner sahen sich am Klassentreffen»?³ Zudem gibt es sehr praktikable, unaufgeregte neutrale Formulierungen: «medizinisches Fachpersonal» für Ärztinnen und Ärzte etwa, den Zebrastreifen anstelle des Fussgängerstreifens, und auch an den Fachleuten statt den Experten ist nichts auszusetzen.⁴ So abwechslungsreich und um Ideen selten verlegen versuche ich das jedenfalls in meinem beruflichen Alltag zu handhaben – bisher recht erfolgreich. Und ganz ehrlich: Wenn ich ausnahmsweise halt einmal einfach mitgemeint bin, gucke ich lächelnd kurz zum Himmel rauf und entspanne mich sofort. ■

PS: Wäre dieser Artikel in der Paarform geschrieben worden, wären das gerade mal 42 Zeichen mehr gewesen. So what!

¹ Das Kopfkino lebt: Wenn Sie es nicht glauben, dann lesen Sie den ersten Satz noch einmal und schauen sich dann den Namen der Autorschaft dieses Artikels an.

² Am 1.1.2020 lebten in der Schweiz 68 349 mehr Frauen als Männer; Quelle: conviva-plus.ch.

³ Vgl. dazu Fussnote 1, und Film ab!

⁴ Mehr Beispiele für kreative genderneutrale Formulierungen: www.geschicktgendern.de

Wie das Christentum den Rassismus erfand



Foto: © Museo Vincenzo Vela

Sklaverei gab es lange vor dem Christentum. Aber ohne protestantische und katholische Rechtfertigung hätte sie wohl nicht bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts überlebt. Wichtig für die Aufrechterhaltung der Sklaverei war zweifellos die Erfindung des Rassismus durch das Christentum. Das Foto zeigt den aufständischen Sklaven «Spartakus», Statue des Schweizer Bildhauers Vincenzo Vela (1820–1891) im Museo Vela in Ligornetto.

VON PIETRO CAVADINI

Im Winter 54/55 v.u.Z. sitzt Paulus, selbsternannter Chefideologe des jungen Christentums, wegen christlicher Umtriebe in Ephesus im Gefängnis. Dort lernt er den Mitgefangenen Onesimu (griechisch «der Nützliche») kennen, einen entflohenen Sklaven. Was tut nun der Propagandist der «Religion der Liebe und der Gleichheit aller Menschen»? Zunächst predigt Paulus so lange auf den armen Onesimus ein, bis dieser sich zum Christentum bekennt. Dann schickt er ihn mit einem Begleitbrief zurück zu seinem ebenfalls christlichen Eigentümer Philemon in der Kleinstadt Kolossai. Im Brief bittet Paulus den Philemon, sei-

nen Sklaven, «der dir früher unnützlich war, jetzt aber dir und mir sehr nützlich ist», wieder aufzunehmen. Verklausuliert, aber deutlich fordert Paulus allerdings Philemon auf, den Sklaven Onesimus doch ihm zu überlassen: «Ich wollte ihn gern bei mir behalten, damit er mir an deiner statt diene in der Gefangenschaft. ... Aber ohne deinen Willen (als Eigentümer) wollte ich nichts tun.» Philemon soll an dem vorgeschlagenen Sklavenhandel keinen materiellen Schaden erleiden, denn «wenn er (Onesimus) aber dir Schaden angetan hat oder etwas schuldig ist, das rechne mir an. Ich, Paulus, schreibe es mit eigener Hand: Ich will's bezahlen.» Paulus' Haltung zur Sklaverei, dass diese nämlich gottgewollt und mit dem Christentum vereinbar sei, wird auch in

anderen Äusserungen des «Apostels der Liebe» deutlich: «Ihr Sklaven, gehorcht den irdischen Herren mit Furcht und Zittern und mit aufrichtigem Herzen, als wäre es Christus.» (Epheser 6,5) Oder auch: «Die Sklaven ermahne, dass sie sich ihren Herren in allen Dingen unterordnen, ihnen gefällig seien, nicht widersprechen, nichts veruntreuen, sondern sich stets als gut und treu erweisen, damit sie in allem die Lehre Gottes, unseres Heilands, schmücken.» (Titus 2)

Sklaverei, eine göttliche Kategorie

Nun ist es sicher nicht so, dass die Christen die Sklaverei «erfunden» hätten – aber die neue Religion hat auch nichts gegen sie unternommen. Im Gegenteil: Im antiken Rom war Sklaverei

in erster Linie eine rechtliche Kategorie. Ein Sklave unterstand, wie die übrigen Mitglieder der «familia», dem Oberhaupt des Hauses, dem «pater familias», und wurde von ihm rechtlich vertreten («patria potestas»). Bei den Christen hingegen war Sklaverei eine göttliche Kategorie: «Der Herr sprach zu Mose auf dem Berg Sinai: ... Die Sklaven und Sklavinnen, die euch gehören sollen, kauft von den Völkern, die rings um euch wohnen; von ihnen könnt ihr Sklaven und Sklavinnen erwerben. Auch von den Kindern der Halbbürger, die bei euch leben, aus ihren Sippen, die mit euch leben, von den Kindern, die sie in eurem Land gezeugt haben, könnt ihr Sklaven erwerben. Sie sollen euer Eigentum sein...» (Lev 25, 43-46)

Nun mag man einwenden, dass Sklaverei zur Zeit des Paulus normal war und es deshalb billig sei, das Verhalten und die Ansichten der frühen Christen ihr gegenüber an heutigen moralischen und ethischen Massstäben zu messen.

Dem Unrecht entsprungen

Dem ist zum einen entgegenzuhalten, dass die neue Religion mit der Forderung angetreten ist, die Richtschnur für das Leben als Christ müsse die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe sein. Zum andern gab es durchaus heidnische Zeitgenossen von Paulus, die sich zur Frage der Sklaverei ganz anders geäußert haben. Zum Beispiel der Philosoph Seneca: «Dieselben Anfänge haben alle Menschen, denselben Ursprung; niemand ist vornehmer als ein anderer. ... Bedenke bitte, dass der, den du deinen Sklaven nennst, aus denselben Samen entstanden ist, sich am selben Himmel erfreut, gleich atmet, gleich lebt, gleich stirbt!» Seneca geht sogar noch weiter: «Der Geist kann ebensowohl auf einen römischen Ritter wie auf einen Freigelassenen oder Sklaven fallen. Was heisst römi-

scher Ritter, Freigelassener oder Sklave? Es sind bloss Namen, der Eitelkeit und dem Unrechte entsprungen.» Seneca verurteilt hier – anders als der Christ Paulus – die Sklaverei in schärfstem Mass und zeigt deutlich, dass er die Herrschaft eines Mannes über ein anderes menschliches Wesen als verwerflich empfindet.

Kein Rassismus in der Antike

Die Sklaverei der Antike leitete sich aus einem völlig anderen Weltbild ab als diejenige Form, die sich erst später in Verbindung mit dem Rassebegriff entwickelt hat. Zu diesem Wandel der Sklaverei hin zum Rassismus hat das Christentum massgeblich beigetragen.

Lange Zeit galt die christliche Taufe und die Bekehrung als Merkmal echter Menschlichkeit. Wer getauft war, war ein Mensch und von Gott akzeptiert, egal wo er oder sie herkam oder wie er oder sie aussah. Nun aber hatte man das Problem, dass in Europa flächendeckend zwangsbekehrt und zwangsgetauft worden war. Wie wollte man jetzt die guten von den bösen Schäflein unterscheiden? Was machte man beispielsweise mit getauften Hexen oder konvertierten Juden? Mit einem Mal verwandelte sich – zuerst in Spanien – die Frage nach der Reinheit des Glaubens in eine Frage nach der Reinheit des Blutes. Diese Idee war neu. Jemand wie Aristoteles hielt zwar Sklaven, aber nicht, weil er von der Reinheit seines Blutes überzeugt war. In der Antike gab es keinen Rassismus.

Mithilfe des Rassenbegriffs wurde erst um 1500 in Europa und vor allem in Spanien eine neue theologische und auch politische Kategorie eingeführt: An die Stelle der Glaubensmerkmale traten jetzt Abstammung und Blut als zentrales Merkmal der Zugehörigkeit. Die Welt war vielfältiger und komplexer geworden und die alten Kategorien

reichten nicht mehr aus, die Menschen zu unterscheiden und in die entsprechenden Schubladen zu stecken. Also erfand man neue Schubladen – und da stand Rasse drauf.

Ein Hauptkennzeichen trennt also die modernen von den antiken Sklavengesellschaften: die Rolle der Rasse und des Rassismus.

Obwohl es Dokumente päpstlicher Verdammung der Sklaverei gibt, waren diese vor dem 19. Jahrhundert nie ohne Einschränkungen. Meistens galt die Verdammung der Versklavung von Christen oder auch von Indios, aber nicht der «Negros». Papst Innozenz VIII. verteilte Gefangene als Geschenke an den Klerus, und viele Klöster in der Neuen Welt besaßen Sklaven.

Protestanten waren nicht besser

Auf der protestantischen Seite ist das Bild ähnlich. Lange Zeit, bis ins 18. Jahrhundert hinein, gab es zwar oppositionelle Stimmen, aber sie wurden meistens von anderen übertönt und an den Rand gedrängt. Im Jahr 1642 musste die protestantische Synode in Rouen «übermässig skrupelhaft» Personen tadeln, die es für gesetzeswidrig hielten, wenn protestantische Kaufleute mit Sklaven handelten. Und als einige Baptisten in South Carolina heim nach England schrieben und um Weisung baten, wie sie mit einem Mitbruder ihrer Glaubensgemeinschaft verfahren sollten, der seinen Sklaven kastriert hatte, erhielten sie die Antwort, dass sie doch keine Zwistigkeiten in ihrer Bewegung riskieren sollten wegen «geringfügiger oder gleichgültiger Streitgegenstände».

Die Erörterung der Frage in den britischen Kolonien Nordamerikas, ob Sklaven getauft werden sollten, war von der Angst durchsetzt, die Sklaven könnten als Christen die Forderung nach Freilassung erheben. Einige koloniale Gesetzgeber behelfen sich

Fortsetzung Seite 15

Darf man über Religiöse und Atheisten lachen?

Wer die Überzeugung anderer in Glaubenssachen, insbesondere den Glauben an Gott, beschimpft oder verspottet, muss in der Schweiz mit einer Busse rechnen. In den Jahren 2009 bis 2019 wurden auf der Basis dieses Blasphemieartikels im Strafgesetzbuch im Schnitt jährlich neun Personen wegen «Störung der Glaubens- und Kulturfreiheit» gebüsst. Artikel 261 StGB gehört längst abgeschafft.

GEDANKEN VON BEAT MOSER

Eine vom Grossen Vorstand der Freidenkenden Schweiz am 10. November 2018 verabschiedete Resolution gegen das Blasphemieverbot führte zu einem entsprechenden parlamentarischen Vorstoss. Beat Flach (GLP, Aargau) reichte am 14. Dezember 2018 zusammen mit (nur) fünf weiteren Nationalrätinnen und Nationalräten eine Motion ein, die bisher im Parlament nicht behandelt wurde. Flach argumentiert, dass durch den Rassendiskriminierungsartikel (Art. 261^{bis} StGB) Religionen wie andere Gruppen unserer Gesellschaft völlig zu Recht vor Hass, Diskriminierung, systematischer Herabsetzung oder Verleumdung geschützt würden. Dazu kämen die Artikel 173 bis 177 StGB, die uns alle vor Ehrverletzungen und Beschimpfung schützen, und auch das Zivilrecht enthalte Bestimmungen zur Abwehr von Persönlichkeitsverletzungen. In der Schweiz sei darüber hinaus aber auch Blasphemie bis heute strafbar. Angesichts des bereits bestehenden Schut-

zes und weil unser Land im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hinterherhinkt, fordert er die Abschaffung des obsoleten Artikels. «Dieser separate Straftatbestand ist in einem säkularen und liberalen Staat nicht mehr zeitgemäss.»

Der Bundesrat stellte in seiner Stellungnahme zu diesem Vorstoss lapidar fest, er habe «nach eingehender Analyse keinen Änderungsbedarf im Zusammenhang mit Art. 261 StGB ausgemacht». In der letzten Sondersession des Ständerates war der Artikel aus anderem Anlass traktandiert. Die ständerrätliche Kommission und der Ständerat

sahen aber ebenfalls keinen Grund für eine Änderung oder Abschaffung des Blasphemieartikels.

Breiterer Kontext

Eine immer grösser werdende Zahl an Aussagen, Bezeichnungen und Taten sind heute gesellschaftlich geächtet, vom «Mohrenkopf» über Gemeindegewappen mit stilisiertem schwarzem Antlitz (auf dem Wappen verschiedener Gemeinden ist der heilige Mauritius dargestellt) bis zur «kulturellen Aneignung» (aneignen von Stilelementen einer Minderheit). In diesem Klima der exaltierten Rücksichtnahme auf eventu-

ell verletzte Gefühle spielen religiöse Gruppen besonders virtuosen mit einer vermeintlichen Opferrolle: Sie reagieren mit extremem Hass auf Kritik und Ironisierung ihrer Überzeugungen. «Ich freue mich darauf, dich von meinem Platz im Himmel zu beobachten, während du grausamster Folter des liebenden Gottes, den du abgelehnt hast, ausgesetzt wirst, du [obszöne Anrede]! Gott segne.» Schrieb jemand an den Atheisten Richard Dawkins (aus «Liebesbriefe an Richard Dawkins»). Weil Dawkins wusste, dass es bei der Hassrede nur dann Opfer gibt, wenn der Adressat der Aussage des Sprechers eine gewisse Wichtigkeit oder Relevanz beimisst, war er lediglich erheitert über die virtuos elaborierten.

Weil Worte aber durchaus verletzend sein können, ist es wichtig, Resilienz aufzubauen (vgl. auch Seite 20: «Stark und bie-

sam»). Was uns nicht umbringt, macht uns stark. Das Immunsystem ist hier ein Beispiel. Das Leben konfrontiert uns immer wieder mit unvorhersehbaren Widerwärtigkeiten aller Art. Komplexe Systeme, zu denen der Mensch zählt, brauchen Herausforderungen. Ebenso wichtig ist es, andere Sichtweisen kennenzulernen, sonst wird man Gefangener seiner eigenen Meinung.

Humor kommt ungelegen

Die heiliggesprochene Mutter Teresa schrieb in ihren nunmehr veröffentlichten Briefen: «Meine Seele leidet. Vielleicht gibt es gar keinen Gott.» Zweifel sind im Glauben ein zentrales Thema. Da kommen Humor oder gar Spott sehr ungelegen und machen Angst. Wären die Zweifel berechtigt, so würde das Glaubensgebäude des Einzelnen zusammenbrechen, denn es hat ja Wahrheitsanspruch.

Anders bei Wissenschaftlern und Humanisten, die jederzeit wissen, dass sie nur den «aktuellen Stand des Irrtums» kennen; für sie sind Widersprüche keine Rückschläge, sondern Ansätze zum Weiterdenken und -forschen.

Der Humanist Julian Huxley ging schon bei der Gründung der UNESCO davon aus, dass deren Werte sich wandeln würden und dass dies gut sei. «Anders als die meisten theologischen Lehrgebäude», schrieb Huxley, «akzeptiert das neue Denksystem Wandel und Fortschritt als unvermeidbar, ja als erwünscht, da ihm jede Neuerung willkommen ist, selbst wenn sie althergebrachten Denkweisen zuwiderläuft.» Andere Meinungen sind für den Humanismus daher keine Gefahr.

Was ist denn die Funktion des Humors? Er dient unter anderem dazu, Spannung abzubauen. Das verträgt sich allerdings sehr schlecht mit Dingen, die uns heilig sind. Es war und ist einladend, sich über Autoritätspersonen wie Lehrer, Pfarrer, Könige oder Politi-

ker lustig zu machen. Ebenso verständlich ist es, dass diese versuchen, den Spott zu unterbinden. So forderte US-Präsident Trump die zuständigen Behörden auf, gegen Late-Night-Shows einzuschreiten. Und Diktatoren unterbinden Witz und Spott im Ansatz und nachhaltig. Humor hat etwas Subversives an sich, er verneint den Anspruch auf Respekt und Ehrbezeugung. «Wenn man sich selbst nicht mehr gar so ernst nimmt, dann führt das zu einer Lebenshaltung, die einen entspannter, humorvoller, gelassener macht», sagt der Philosoph Michael Schmidt-Salomon in einem Interview.

Wider moralischen Dogmatismus

Man darf sich über Atheisten oder Humanismus lustig machen und man tut es auch: «Was sagt ein Atheist über Jesus? – Der ist für mich gestorben.» Auch über Religion muss man sich lustig machen dürfen. Ein Witz sollte nur danach beurteilt werden, ob er uns zum Lachen bringt; er will ja gerade nicht korrekt sein. Die Grenzen des guten Geschmacks sind dabei subjektiv und können nicht von einem Zensor überwacht und sanktioniert werden. Es ist wichtig, dem Sprecher oder Schreiber Wohlwollen entgegenzubringen. Was war wirklich gemeint? Es gibt nicht nur religiösen Dogmatismus, sondern auch moralischen. Es reicht nicht, «moralisch auf der richtigen Seite zu stehen und aufrichtig empört zu sein. Wir brauchen die Fähigkeit, unterschiedliche Sichtweisen unvoreingenommen gegeneinander abzuwägen», sagt dazu Schmidt-Salomon.

Pathologischer Dualismus, der die Menschheit radikal in absolut gute und hoffnungslos böse aufteilt, ist wieder auf dem Vormarsch. Michael Schmidt-Salomon spricht von «einer Art kulturübergreifenden Borderline-Störung». Gerechtigkeit sollte man nicht mit Selbstgerechtigkeit verwechseln. ■

Fortsetzung von Seite 13

damit, den Sklaven wegen ihrer «barbarity», «rudeness», «weakness and shallowness of their minds» die Fähigkeit, Christ zu werden, pauschal abzusprechen. Damit gerieten sie natürlich in Widerspruch zum Auftrag Jesu, zu allen Völkern der Welt zu gehen, sie zu taufen und zu lehren (Mt 28, 18-20). Andere kamen auf die Idee, ein spezielles Ritual einzuführen, das der Taufzeremonie vorgeschaltet wurde. Dieses bestand darin, die Täuflinge in Anwesenheit ihres Herrn einen Eid ablegen zu lassen, demzufolge sie aus der Taufe keinerlei Anspruch auf Freilassung oder Einschränkung des absoluten Gehorsams ableiten würden.

Wichtiger noch als solche Eid-Erpressungen war der Beitrag von christlichen Predigern zur rechtlichen Rationalisierung der Sklaverei durch Regelungen, die auch den Sklavenhaltern genaue Vorschriften machten. Diese Vorschriften dienten aber kaum jemals der Einschränkung ihrer Verfügungsmacht über die Sklaven. Sie waren Versicherungen gegen mögliche Milde der Sklavenhalter. Sklaven zu bestrafen war nicht ein Recht der Sklavenhalter, sondern ihre Pflicht.

«Verdienst» der Kirche

Mit der Enzyklika «In plurimis» bezeichnete Papst Leo XIII. am 5. Mai 1888 – erst 23 Jahre nach der Befreiung der Sklaven in den USA – die Sklaverei als eine Sünde wider die Natur. Die Abschaffung der Sklaverei sei ein Verdienst der Bemühungen, mit der die Kirche die Bekämpfung dieses Übels vorangetrieben habe.

Wer sich ein Bild von der ethischen und moralischen Schamlosigkeit und der Fähigkeit zur Geschichtsklitterung der katholischen Kirche machen will, dem sei die Lektüre der Enzyklika «In plurimis» empfohlen. ■



Doppelt diskriminiert: Wie es sich anfühlt, schwarz und atheistisch zu sein

Afroamerikaner sind statistisch gesehen die religiöseste Gruppe in den USA. Diese Gemeinschaft zu verlassen, kann extrem hart sein und einen hohen Preis haben.

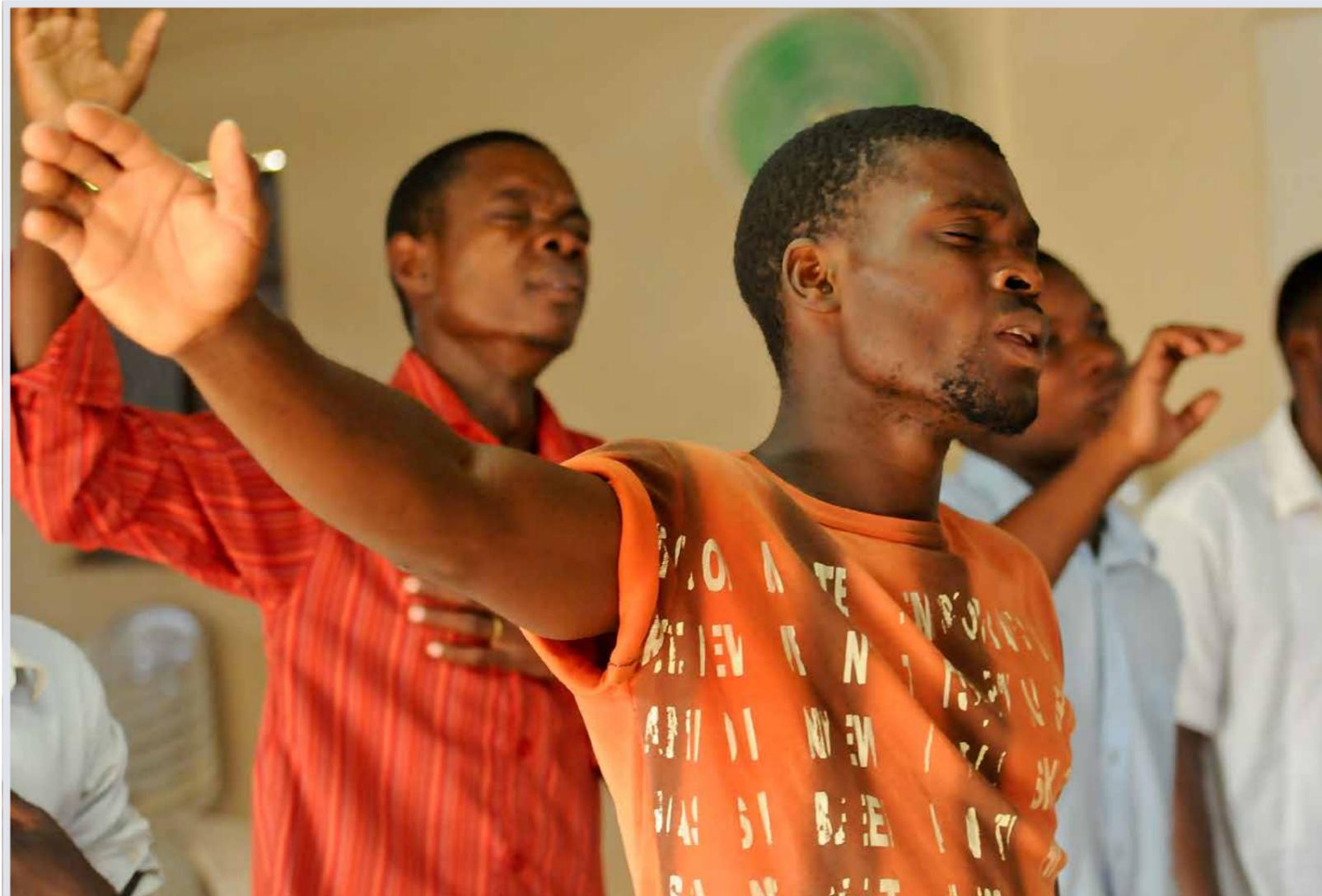
VON PIETRO CAVADINI

Studien über Afroamerikaner und ihren Glauben zeigen, dass sie demografisch mit einem Anteil von 87 Prozent Gläubigen die religiöseste Gruppe in den Vereinigten Staaten sind. «Der Glaube ist in der schwarzen Gemeinde oft untrennbar mit der «Rasse» verbunden», erklärt das Alexis Jules, säkularer Aktivist aus Dallas. «Obwohl ich anderer Ansicht bin, ist der Glaube für viele Schwarze eine Quelle der Hoffnung, des Gemeinschaftsgefühls, der Geschichte und manchmal auch der Stärke.» Sich davon zu distanzieren, bedeute, Ressourcen zu verlieren und zusätzliche Lasten tragen zu müssen, was die Entscheidung schwer mache, die Kirche zu verlassen.

Werk eines Gottes

Selbst Schwarze, die nicht zur Kirche gingen, seien sicher noch gläubig – «denn unser Volk hat so viel Not ertragen und überwunden, dass das alles das Werk eines Gottes gewesen sein muss», erklärt Mandisa Thomas, Präsidentin und Gründerin der «Black Nonbelievers» (blacknonbelievers.com), diese Glaubenstreue. Das mache es für viele schwer, sich die Worte «schwarz» und «Atheist» in einem Satz vorzustellen.

«Es kann darum äusserst schwierig sein, Religion in der schwarzen Gemeinschaft diskutieren zu wollen. Viele haben soziale, emotionale und finanzi-



elle Ressourcen in die Kirche und den Glauben investiert, sodass ihnen das Äussern von Zweifeln wie Hochverrat vorkommt», meint Thomas.

Sich inmitten eines starken religiösen Einflusses offen als Atheist oder Atheistin zu erkennen zu geben, sei nahezu so unmöglich wie andere Schwarze zu finden, die ebenfalls nicht glauben.

Eine andere Ursache des Problems findet sich in der Zusammensetzung des stark wachsenden säkularen und athe-

istischen Milieus der USA – bereits bezeichnet sich rund ein Viertel der Bevölkerung als religiös ungebunden. Statistisch gesehen ist der Atheismus in den Vereinigten Staaten männlich (68 Prozent) und weitgehend weiss (78 Prozent).

Die Studie «Exodus: Why Americans are Leaving Religion – and Why They're Unlikely to Come Back» des «Public Religion Research Institute» (PRRI) zeigt, dass unter den religiös ungebundenen

Segmenten der religiös ungebundenen ist die Mehrheit weiss. «Weniger als einer von zehn «Ablehner» (4 Prozent) und «Apatheisten» (8 Prozent) ist schwarz, im Vergleich zu 27 Prozent der ungebundenen Gläubigen», steht in der Studie.

Rassismus auch unter Atheisten

Wegen dieser Zusammensetzung haben afroamerikanische Atheisten und Atheistinnen innerhalb der säkularen Welt oft nicht nur positive Erfahrungen gemacht. Alexis Jules drückt es so aus: «Atheisten unterliegen, wie jede andere Gruppe, den Vorurteilen, die überall sonst sichtbar sind. Obwohl in den USA Atheisten

die Zahlen je nach ethnischer Herkunft variieren. Die Studie teilte die religiös ungebundenen in drei Gruppen auf: «Ablehner» (58 Prozent), die sagen, dass Religion für sie persönlich nicht wichtig ist und mehr schadet als nützt; «Apatheisten» (22 Prozent), die auch sagen, dass Religion für sie persönlich nicht wichtig ist, aber glauben, dass sie mehr hilft als schadet; und die ungebundenen Gläubigen (18 Prozent), die sagen, dass Religion für sie wichtig ist. Von diesen drei

liberaler und linksgerichteter sind als die Durchschnittsbevölkerung, habe ich Rassismus, Sexismus oder viele andere sozial inakzeptable Verhaltensweisen bei ihnen nicht als signifikant «weniger vertreten» empfunden.» Rassismus ist offenbar ein universelles menschliches Problem, ungeachtet der eigenen religiösen Ansichten.

Dieses Gefühl, einer doppelten Minderheit anzugehören – Atheistin unter Schwarzen und Schwarze unter weis-

sen Atheisten –, hat auch Mandisa Thomas: «Obwohl ich säkular erzogen wurde – eine Seltenheit in meiner Gemeinschaft –, musste ich die Ausgrenzung durch Familie und Freunde ertragen, weil ich mich offen als Atheistin bezeichnete. Meine Erfahrungen in der säkularen Gemeinschaft als schwarze Atheistin reichten vom Gefühl, völlig willkommen zu sein, bis hin zur Empfindung völliger Isolation.»

Unsichtbares Anhängsel

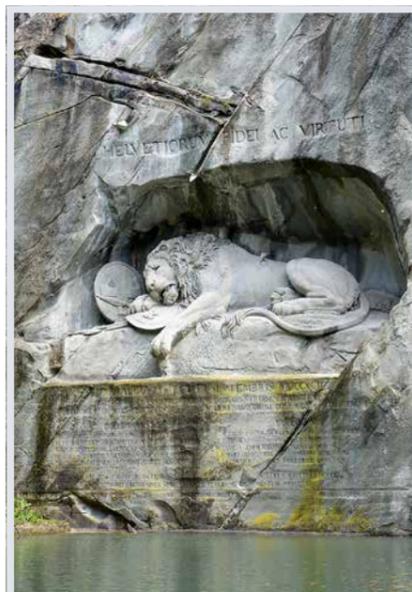
Auf der einen Seite gebe es Gemeinsamkeiten – «unser Unglaube und unsere Unzufriedenheit mit der Religion. Auf der anderen Seite gibt es die Vorstellung, dass es, da wir diese Gemeinsamkeit teilen, keine anderen Probleme gibt, mit denen wir uns befassen müssten.» Der Mangel an *People of Color* bei säkularen Veranstaltungen sei ein Problem. «Wir werden manchmal behandelt, als ob wir unsichtbar oder nur ein Anhängsel wären, was den wenigen *People of Color* nicht gerade das Gefühl gibt, willkommen zu sein.»

«Wir werden weiter wachsen»

Thomas sieht aber auch Fortschritte: «Es gibt jetzt eine Reihe von säkularen Gruppen, die dazu beigetragen haben, eine vielfältigere Vertretung von *People of Color*, Frauen und Kindern zu erreichen. Die Zahl der sichtbaren Atheisten und Atheistinnen unter den Schwarzen ist zwar immer noch gering, aber wir sind hier und werden hier bleiben. Wir werden weiter wachsen, sowohl in der schwarzen als auch in der säkularen Gemeinschaft.» ■



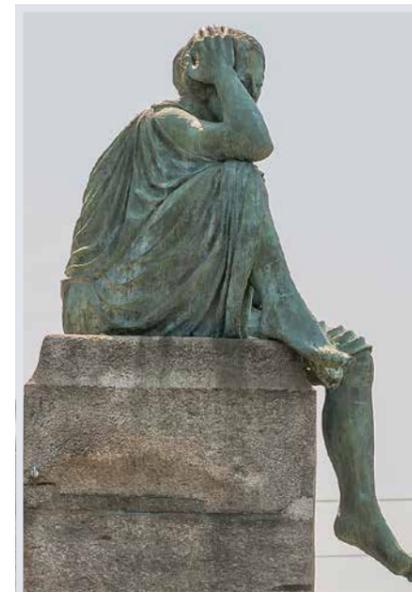
Tell-Denkmal in Altdorf



Löwen-Denkmal in Luzern



Escher-Denkmal in Zürich



Helvetia-Denkmal in Basel



Sutter-Denkmal in Rünenberg, von der JUSO Baselland im Juni 2020 verhüllt...

Muss Escher weg?

VON BENEDIKT MEYER*

Im Ausland werden Statuen niedergelassen – weil die Dargestellten auch Sklavenhalter waren. Auch in der Schweiz gibt es Denkmäler mit Schattenseiten. Die Einordnung eines Historikers.

«Sag mal, was hältst du als Historiker eigentlich von dieser Debatte über die Statuen?» – Ich finde die Debatte ehrlich gesagt ziemlich geil. Wir haben die Dinger jahrelang so gut es ging ignoriert, und plötzlich fangen wir an, über sie zu sprechen. Grossartig! Es gibt nämlich einige coole Statuen-Stories.

Am Tell von Altdorf ist das Wichtigste nicht die Armbrust, sondern das Datum unter Tells Füßen: 1307. Die Urner stritten sich im 19. Jahrhundert nämlich mit Bern über das Gründungsdatum der Schweiz. Bern propagierte 1291 (Bundesbrief), die Innerschweizer 1307 (Rütlichschwur). Gebracht hat's nichts, 1291 setzte sich durch. Wissenschaftlich gesehen sind beide «Gründungsdaten» Unfug. Niemand hatte 1291 die Ab-

sicht, einen Staat mit direkter Demokratie, AHV und Stau vor dem Gubrist zu gründen. Der Bundesbrief ist keine Unabhängigkeitserklärung und der Rütlichschwur hat gar nicht erst stattgefunden. Erst Schiller verlegte den nicht dokumentierten Schwur auf die Wiese am See. Aus dramaturgischen Gründen.

Die Helvetia von Basel wiederum dreht sich ums Ausbrechen. Unsere Landesmamsell packt den Koffer und geht auf Reisen. Sie sitzt am Ende der Brücke und blickt rheinabwärts Richtung Ausland. Die Berner Helvetia hingegen ist gar keine Helvetia, sondern das Welttelegraphendenkmal. Dieses wurde der Stadt von der Welttelegraphenunion aufgenötigt. Eigentlich hätte Paris das Ding nehmen müssen, die Franzosen schoben aber Bern vor und hier verstellte der Klotz nun einen Platz, der eigentlich hübsch sein könnte.

Der Löwe von Luzern feiert die Verteidigung der Monarchie gegen das Volk, was eigentlich unentschuldig ist, aber die Skulptur ist so rührend, dass man es ihr seit zwei Jahrhunderten durchgehen

lässt. Und das von einem Bildhauer, der nie einen Löwen gesehen hat.

Das Escher-Denkmal von Zürich wurde unvorsichtigerweise schon sieben Jahre nach Eschers Tod aufgestellt. Dummerweise gab's da noch recht viele Leute, die mit Escher eine Rechnung offen hatten, und so musste bei der Einweihung die Armee die Plastik gegen aufgebrauchte Arbeiter schützen.

Weder neutral noch zufällig

Gerade das Escher-Beispiel zeigt, dass die Möblierung des öffentlichen Raums weder neutral noch zufällig ist. Die Frage ist stets, wer die Macht hat, sein Geschichtsbild, seine Vorstellung davon, was gedenkenswürdig ist, durchzusetzen. (Es ist ein bisschen wie mit den Strassennamen.) Wer sind wir? Worauf berufen wir uns? Wie stellen wir uns dar? Und wer gehört zu diesem «Wir» alles dazu?

Ich finde die Escher-Diskussion wertvoll. Und persönlich finde ich nicht, dass er weg muss. Aber ich würde ihn mit einigen Kaffeebäumen ergänzen. Wenn

ich's mir recht überlege, sollten es sogar ziemlich viele, ziemlich grosse Kaffeebäume sein. Es ist eine Chance: Wir können Escher stehen lassen und zugleich öffentlich anerkennen, dass die Schweiz den Kolonialismus nicht nur vom Hörensagen kennt.

Die Debatte wird heilsam enden. Manche Plastiken werden entfernt werden müssen, andere umgestaltet, weitere umplatziert. Historisch ist das Courant normal. In Bern wurde Rudolf von Erlach zweimal entfernt und dreimal verschoben. Und der zehn Meter grosse heilige Christophorus wurde in der Reformation zum Stadtwächter umfunktioniert. Es ist draussen dasselbe wie daheim: Wenn sich die Zeiten ändern, ändert sich das Inventar. Geschichte ist kein fixer Kanon. Sie muss flexibel bleiben, damit sie sich immer wieder an uns anpassen kann. Und das wird sie auch.

PS: Einer, der weg muss, ist **Johann August Sutter** in Rünenberg/BL. Der Mann hat Frauen sexuell ausgebeutet und Kinder versklavt. Das retten auch keine Info-Tafeln. Irgendwo hört der Spass einfach auf.

PPS: Wie kommt man eigentlich zu einer eigenen Statue? Gemäss Erfah-

rungsberichten sollte man damit anfangen, ein weisser Mann zu sein. Oder eine Allegorie. Justitia, Helvetia, Etcetera. Alles Weitere ergibt sich dann quasi von selbst.

PPPS: Nein, jetzt noch mal ernsthaft: Mir fällt auf die Schnelle keine Statue einer real existierenden Schweizer Frau ein. Ein schwuler Ausländer, ja (Freddie in Montreux) – aber Frauen? Frauen?! Vielleicht würde es sich lohnen, nicht nur über bestehende Figuren zu sprechen, sondern auch über neue. Wie wär's mit Iris von Roten? Oder mit der Bachelorette? Oder doch lieber die heilige Magdalena von Herrliberg? Und was ist mit Ausländern wie Tina Turner oder Tim Berners-Lee? – Oder Lebensrettern wie Paolo Dibartolo, Damiano Saitta, Shqiprim Olluri, Dines Dzaferi, Ramon Amrhein oder Iluska Grass? Die würden den Chor der Kriegshelden und Unternehmer durchaus aufwerten. Und sie repräsentieren eine Gesellschaft, die nicht nur aus weissen Männern besteht.

PPPPS: Bei der Mohrenkopf-Frage ist die Antwort übrigens einfach: Das Wort ist passé. «Ich habe es ja gar nicht rassistisch gemeint» zieht schlichtweg nicht. Aber wie eigentlich immer im Leben hilft

auch hier etwas historische Perspektive. Schauen wir uns an, was mit dem «Neger» passiert ist. Unsere Grosseltern haben kapiert, dass das Wort nicht nett ist, unsere Eltern haben es sich verkniffen und wir (endlich!) haben es nur noch im Passivwortschatz. Bei den Mohrenköpfen sind wir die Grosseltern. – Haben unsere Vorfahren oft «Neger» gedacht und «Afrikaner» gesagt? Ziemlich sicher schon. Werden wir «Mohrenkopf» denken und «Schoggikuss» sagen? Aber garantiert! Ist es das wert? Keine Ahnung, kommt halt drauf an, was man von Menschlichkeit hält.

PPPPPS: Simpel ist übrigens auch die Sache mit dem **Agassiz-Horn**. (Agassiz war ein Begründer der «Rassenlehre»; die Nazis haben sich auf ihn berufen.) Das nennen wir künftig Welttelegraphenberg, stellen das klobige Denkmal hochkant auf den Gipfel und montieren da noch eine 50 Meter hohe 5G-Antenne drauf. So kriegen wir nämlich einen weiteren 4000er und auf dem Berner Helvetiaplatz bekommen wir endlich Platz für eine richtige Helvetia. Und zwar eine Streikende. ■

*Dr. Benedikt Meyer ist freier wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Bern.



Stark und biegsam

Markus Erb ist in den 1960er-Jahren als schwarzes Kind im Fricktal aufgewachsen. Der Jurist und Coach will die Widerstandskraft bei Minderheiten stärken.

INTERVIEW: VERA BUELLER

Vera Bueller: Warum braucht es für den Umgang mit rassistischen Vorurteilen und Anfeindungen eigentlich einen Coach?

Markus Erb: Dafür braucht es grundsätzlich keinen Coach. Ich finde es im Gegenteil gut, dass die betroffenen Menschen schmerzhaft Erfahrungen, wie beispielsweise mit Rassismus, selber bewältigen können. Gegebenenfalls hilft auch der Diskurs mit dem Umfeld oder mit anderweitig davon betroffenen Personen. Ein Coach kann für diejenigen Menschen eine Hilfe sein, die eine zusätzliche Unterstützung benötigen. Es kann helfen, wenn eine unabhängige Fachkraft, wie etwa

ein Coach, für die Bewältigung tiefer Schmerzen Strategien aus Studien heranziehen sowie sein Know-how und seine Erfahrung einbringen kann.

Welche persönlichen Erfahrungen sind in Ihre heutige Arbeit als Coach eingeflossen?

Am Anfang meines Lebens wohl die unbewusste Erfahrung, dass ich die ersten 18 Monate an fünf verschiedenen Orten platziert wurde, weil meine Mutter erkrankt war und nicht selber für mich sorgen konnte. Danach war es sicherlich das Aufwachsen als einzige schwarze Person in einer weissen Gesellschaft im Fricktal, in der Familie meines Onkels und meiner Tante mit sieben Geschwistern.

Es ist schwierig, seine Identität zu finden, wenn man anders ist – noch schwieriger, als es sowieso bei Jugendlichen oft der Fall ist. Ich weiss deshalb bis zu einem gewissen Grad, wovon andere Betroffene sprechen – dabei ist natürlich jede Erfahrung einzigartig.

Wie ist man Ihnen in der Öffentlichkeit damals begegnet?

Es ist ein spezielles und schmerzliches Gefühl, wenn man im engen privaten und beruflichen Umfeld voll akzeptiert, im öffentlichen Raum aber zeitweise Attacken von Personen ausgesetzt ist, die ihr Leben selber nicht im Griff zu haben scheinen und deshalb auf vermeintlich andersartige Menschen mit böartigen Aggressionen losgehen. Sie müssen je-

derzeit mit einer aggressiven Attacke rechnen. Dies kann sich tief im Unterbewusstsein verankern.

Ein wichtiger Aspekt Ihrer Methode ist die Stärkung, der Aufbau von Resilienz, also der mentalen Widerstandsfähigkeit. Besteht dabei nicht die Gefahr, Betroffene darin zu stärken, Rassismus, Diskriminierungen und Anpöbeleien besser zu ertragen, anstatt sie zu befähigen, aktiv Widerstand zu leisten und die Verhältnisse zu ändern?

Hier sehe ich keinen Widerspruch. Wenn jemand widerstandsfähiger ist, kann er auch mutiger und entschiedener an positiven Veränderungen mitwirken. Die betroffene Person bleibt zudem integrations- und leistungsfähig, was gerade in der Schweiz wichtig ist.

In der Resilienz-Forschung ist umstritten, was Resilienz alles umfasst. Ich vertrete die Meinung vieler Experten und Expertinnen, die durch die Resilienz nicht nur die hohe Widerstandskraft mitumfasst sehen, sondern auch die hohe Fähigkeit, auf Widrigkeiten durch einen sehr effizienten Anpassungsprozess reagieren zu können. Beide Aspekte führen schliesslich dazu, dass man schwerwiegende Widrigkeiten im Leben im Vergleich mit dem Durchschnitt der Menschen gut meistern kann.

Wie muss man sich Ihre Arbeit konkret vorstellen? Wie verläuft ein Coaching?

Dies ist sehr unterschiedlich und abhängig von den Kundenbedürfnissen. In der ersten kostenlosen Stunde lernt man sich kennen. Es ist wichtig, dass der Kunde ein gutes Gefühl hat und der Coach auch überzeugt ist, dass er dem Kunden wirklich helfen kann. Wenn man sich dafür entscheidet, ein Coaching zu beginnen, wird ein Vertrag mit den wesentlichen Elementen wie zum Beispiel Zielsetzungen, Art und Prozess sowie Preisgestaltung aufgesetzt. Ich arbeite nur mit Kunden zusammen, die konstruktiv-kritisch motiviert sind, an sich zu

arbeiten. Aus meiner Erfahrung können nur so Verbesserungen erzielt werden. Das schliesst unsichere oder ängstliche Personen, die an sich arbeiten wollen, nicht aus; auch sie können gute Erfolge erzielen. Ein wichtiges Ziel ist es, dass der Kunde nicht in die Abhängigkeit des Coachs gerät, sondern seine Rolle so versteht, dass er im ganzen Prozess selber der «Haupt-Coach» ist. Schliesslich kennt er oder sie sich doch am besten.

Wie coachen Sie in Corona-Zeiten?

Mein Coaching läuft zurzeit nur online, meist via Videokonferenzen. Das hat den Vorteil, dass man sehr schnell und unkompliziert agieren kann. Dies kann ich trotz des Zeitunterschieds zu Europa auch gut von den Philippinen aus, weil ich kein Langschläfer bin. Und da ich in einem Netzwerk mit qualifizierten Coaches arbeite, kann ich einen potenziellen Kunden im Bedarfsfall auch an andere ausgewiesene Experten und Expertinnen vor Ort vermitteln.

Würden Sie auch einen Rassisten oder erklärten Macho coachen, der wegen seiner Einstellung Probleme hat, und – wenn ja – wie würden Sie vorgehen?

Dies ist eine spannende Frage. Lassen Sie es mich so beantworten: Das schliesse ich nicht aus. Vorausgesetzt, wir haben beide nach der ersten Stunde den Eindruck erhalten, dass sich das Coachen lohnt, also eine Verbesserung möglich ist. Aber klar, ich würde einen Rassisten nicht in seiner diskriminierenden Haltung stärken.

Es ist spannend, dass Sie in Ihrer Frage eine Gleichsetzung zwischen einem «Macho» und einem «Rassisten» suggerieren. Das führt zur Frage, was überhaupt ein «Rassist» respektive ein «Macho» ist. Vielleicht könnte man überbegrifflich sagen, dass jemandem, der andere Menschen diskriminiert – sei es wegen des Geschlechts, der Ethnie oder anderweitiger Unterscheidungsmerkmale –, ein Coaching guttäte. So

könnte er oder sie vertiefter über das Eigen- beziehungsweise Fremdbild reflektieren. Dies ist oft Voraussetzung für eine positive Veränderung. In der Realität habe ich allerdings bis anhin noch keinen für mich erkennbaren Rassisten betreut.

Helfen Ihnen die aktuellen Diskussionen über Identitätspolitik, «Mohrenköpfe», «Black Lives Matter», «Statuen-Sturz» bei Ihrer Arbeit oder erschweren sie sie eher?

Ich finde es gut, dass in der Gesellschaft über Rassismus diskutiert wird. Für mich stehen dabei nicht Vorwürfe wie «indiziertes weisses Privileg» im Zentrum. Man soll sich vielmehr entspannter und respektvoll auf mögliche Verbesserungen fokussieren.

Der Mohrenkopf-Diskussion kann ich selber keinen Gewinn entnehmen. Wichtig ist für mich nicht, ob man den Begriff verwendet, sondern was man damit verknüpft. Möchte man einfach etwas Süßes essen und verwendet dafür den Begriff Mohrenkopf, dann habe ich persönlich damit kein Problem. Man sollte in der Schweiz nicht Wortpolizei spielen, sondern sich auf die Verbesserung von tatsächlichen diskriminierenden Verhältnissen konzentrieren, zum Beispiel bei der Arbeits- und Wohnungssuche.

Oder die umstrittene Arena-Sendung im Schweizer Fernsehen zum Thema Rassismus: Die Titelwahl und die Zusammensetzung hat gezeigt, dass sich die Verantwortlichen nicht wirklich vertieft auf das Thema vorbereitet hatten. Was soll ein Titel wie «Jetzt reden Schwarze» oder «Jetzt reden Weisse»? Die Meinungen weisser wie schwarzer Menschen sind so vielschichtig wie ihre Persönlichkeiten. Für mich geht es nicht darum, anderen eine (vergangene) Schuld zuzuweisen, sondern jetzt und für unsere Kinder gemeinsam an Verbesserungen zu arbeiten.

Die Radikalität der Identitätspolitik – vor allem in den USA – wird von einigen linksliberalen Intellektuellen, wie Salman Rushdie, Margaret Atwood oder Noam Chomsky, kritisiert. Freie, faktenbasierte Rede und Diskussion versus unbedingten Schutz der Befindlichkeit von Minderheiten. Wie ist Ihre Position?

Ich denke, dass die Polaritäten dieser Diskussionen wichtig sind als Voraussetzung dafür, dass man sich am Schluss auf einer ausgewogenen, tragbaren Ebene wiederfindet. Ich denke auch nicht, dass es um unbedingten Schutz der Befindlichkeit von Minderheiten geht. Wer dies vertritt, lässt meines Erachtens einen zentralen Aspekt ausser Acht: Es geht darum, dass man alle Menschen als gleichwertig anerkennt, unabhängig von Geschlecht oder Ethnie oder sonst einer Eigenschaft. Dies ist für mich ein fundamentales human-ethisches Prinzip und nicht eine Befindlichkeit. Der Weg dahin sollte jedoch ausgewogen, konstruktiv und unter Beachtung gegenseitigen Respekts erfolgen.

In der Sache kann man dann durchaus sehr konsequent und intensiv diskutieren. Interessant ist dabei die scheinbar gegensätzliche Diskussion «Black Lives Matters» vs. «All Lives Matter». Die beiden Ausdrücke stehen ja nicht in einem Gegensatz zueinander. Dort, wo das schwarze Leben noch nicht als gleichwertig respektiert ist, muss man so lange fokussiert darauf hinweisen, bis wir das Ziel erreicht haben, dass «All Lives Matter».

Wie beurteilen Sie die Situation in der Schweiz? Was müsste Ihrer Meinung nach besser werden?

Insgesamt beurteile ich die Situation in der Schweiz positiv. Die Mehrheit der Menschen in unserem Land geht respektvoll miteinander um, auch mit andersfarbigen Menschen. Eine Herausforderung liegt noch darin, dass man Rassisten und Rassistinnen im öf-

fentlichen Raum zu oft noch nicht entschieden entgegentritt. Aber auch den Problemen bei der Arbeits- und Wohnungssuche schenkt man noch zu wenig Aufmerksamkeit. Persönlich habe ich beispielsweise mit der Polizei gute Erfahrungen gemacht, auch bevor ich Jurist und Rechtsanwalt wurde. Ich nehme jedoch entsprechende Kritik ernst und wäre froh, wenn sich Betroffene mit Vertretern und Vertreterinnen der Polizei konstruktiv zusammensetzen würden. Dies gilt für alle Bereiche mit sensibler Machtungleichverteilung.

Wo versagt die Politik?

Persönlich bin ich von einigen Plakatkampagnen der grössten Schweizer Partei enttäuscht. Da werden teilweise gezielt anders aussehende Menschen oder andere Nationalitäten herabgemindert, um politische Ziele zu verfolgen. Ich bin überzeugt, dass man viel mehr Gutes für die Schweiz bewirkt, wenn man gegenseitigen Respekt zeigt und ehrlich und konsequent tragfähige Lösungen anstrebt. Das versuchte und versucht zum Beispiel die Organisation «Operation Libero», insbesondere beim gewonnenen Kampf gegen die «Duchsetzungsinitiative». Es war für mich als Mensch und Rechtsanwalt unerträglich, dass gewisse Kreise in der Schweiz eine rechtliche Zweiklassengesellschaft schaffen wollten.

Lassen sich tief verankerte Vorurteile überhaupt wegtrainieren?

Wir alle haben unbewusste Vorurteile. Man kann sie jedoch reduzieren, wenn man sich ihrer bewusst ist und daran arbeitet. Es hilft, sich zu treffen und so besser kennenzulernen. Daran arbeite ich auch selber auf den Philippinen, deren vielschichtige Kultur und Menschen mich faszinieren und manchmal auch herausfordern. Wir unterschiedlichen Menschen haben ja viel mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Wir alle wollen gesehen, gehört und respektiert

werden, und wir streben Zufriedenheit im Leben an. Wir alle wollen doch möglichst oft auch glücklich sein.

Zentral ist für mich in der heutigen Zeit der Unsicherheit für viele die Betonung der Solidarität. Viele Menschen verlieren zurzeit unverschuldet ihre Arbeit oder müssen in Armut leben – auch in der reichen Schweiz. Dies erfüllt mich mit Sorge.

Ich hoffe, dass wir uns mit allen Menschen solidarisieren und alle aktiv in unser gesellschaftliches Zusammensein einbinden. Es ist wichtig, dass wir allen Menschen – unabhängig von ihrem gesellschaftlichen beziehungsweise geldmässigen Erfolg im Leben – empathisch zu verstehen geben, dass sie als Menschen wichtig, respektiert und auch gleichwertig sind. Dies fördert nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch die Gesundheit.

Nun haben Sie zum Schluss auch noch eine meiner persönlichen Leidenschaften erfahren: der Einsatz für eine solidarische Gesellschaft des Miteinander – mit Herz und Verstand. ■

Markus P. Erb ist Sohn eines jamaikanisch-nigerianischen Vaters (den er nie kennengelernt hat) und einer Schweizerin. Mit anderthalb Jahren kam er als Pflegekind zu seinem Onkel und seiner Tante – und deren sieben Kinder – ins aargauische Frick. Heute verbringt er einen grossen Teil seines Lebens mit seiner Familie auf den Philippinen, wo seine Frau als Zahnärztin eine Klinik führt.

Er studierte Jura, arbeitete bei Julius Baer, war als selbstständiger Anwalt und als General Counsel bei Swissscanto tätig.

2018 schloss er seine Ausbildung zum Consulter mit dem Executive Master in Consulting und Coaching for Change am INSEAD in Frankreich ab.



Im September wird ein Theaterstück uraufgeführt, in dem es (auch) ums Ausbrechen aus religiösen Familienmodellen geht. Die Freidenker-Ver-einigung unterstützt das Projekt der Mitinitiantin Zarina Tadjibaeva.

VON ANNE BOXLEITNER

Anne Boxleitner: Im Herbst kommt dein neues Stück «Metamorphose» auf die Bühne. Wer oder was verwandelt sich darin?

Zarina Tadjibaeva: (lacht) Meine Bühnenpartnerin Makhina Dzhuraeva und ich beschreiben unsere Verwandlung von zwei in Tadschikistan geborenen Mädchen zu den Frauen, die wir heute sind. Innerhalb des Stücks, das autobiografische und fiktive Teile enthält, beschäftigt uns die Grundfrage: Können wir die DNA unserer Kultur, die uns in die Wiege gelegt wurde, verändern oder müssen wir ihren Spuren folgen?

Und was ist die Antwort?

Wir können, ja wir sollen sogar unsere kulturelle DNA verändern, wenn sie uns einengt. Makhina und ich wurden als Mädchen in die tadschikische, damals offiziell sozialistisch-atheistische, aber dennoch muslimisch geprägte Gesellschaft hineingeboren. Eine Gesellschaft, die Mädchen viele Dogmen auferlegt – vom Verhalten während der Menstruation über Jungfräulichkeit bis zur Ehe oder dem Tragen von Jeans und Lippenstift. Eine Gesellschaft, in der Jungs anders erzogen werden als Mädchen und die Gewalt an Frauen zulässt und oftmals toleriert. Auch Makhina und ich haben in Tadschikistan Gewalt erlebt – und niemand, auch die anderen Frauen nicht, hat geholfen. Ich habe das als Verrat empfunden.

Wie hast du darauf reagiert?

Makhina und ich sind ins Ausland ge-

gangen, haben das enge Korsett unserer Vergangenheit abgestreift und uns transformiert. Indem wir unsere Geschichte erzählen, kritisieren wir die Missstände in unserer Heimat. Und wir wollen anderen Frauen, aber auch Männern, Homosexuellen oder Minderheiten Mut machen, sich mit sich selbst auseinanderzusetzen und sich zu befreien. Darum ist das Stück ein Hoffnungs-, ja ein Lichtstück.

War deine Metamorphose schwierig?

Ja, sehr. Denn Veränderung bedingt, dass man sich selbst, seine Kultur, Erziehung, Traditionen infrage stellt. Ich habe mich sehr bewusst innerhalb einer Therapie, mit Büchern und durch Selbstreflexion mit meiner Herkunft und meinen Erlebnissen auseinandergesetzt. Früher habe ich sehr viel in «Entweder-Oder» gedacht. Dann habe ich das «Sowohl-als-auch» entdeckt, die Zwischentö-

ne, und mir daraus eine neue Identität gestrickt. Ich habe nur das Schöne aus meiner Heimat, nur das Gute aus der Erziehung meiner Eltern in meine neue Identität eingeflochten. Aber natürlich auch viel zurückgelassen. In unserem Stück streifen wir an einer Stelle zum Beispiel eine traditionelle tadschikische Decke ab und stehen anschliessend einen Moment lang wie «nackt» da. Wenn man alles hinter sich lässt – auch die engende Religion – dann ist man nackt. Man braucht Alternativen, psychologisch, seelisch, menschlich, sozial. Dieser Prozess, den ich selbst durchgemacht habe, ist sehr schwierig und hart.

Du erwähnst die Religion: Welche Rolle spielt sie in «Metamorphose»?

Makhina und ich wollen den Islam kritisieren. In seinem Namen geschieht viel Gewalt in unserer Region. Kritisiert man als Schweizer oder Schweizerin den Islam, landet man ganz schnell in der rechten Ecke. Aber unsere Dramaturgin hat richtig angemerkt: «Ihr habt als Frauen, die in eine muslimische Gesellschaft hineingeboren wurden, andere Freiheiten.» Wir wollen die Gewalt und die Dogmen innerhalb unserer Religion infrage stellen – vor allem gegenüber Frauen. Unser Theaterstück ist auch als Zeichen zu verstehen an die Frauen, die in die Schweiz migriert sind, sich zu befreien. Aber die Selbstbefreiung braucht viel Zeit und noch mehr Mut. Denn das Kollektiv ist in muslimischen Gesellschaften viel wichtiger als das Ich. Darum ist es schwieriger, sich zu lösen.

Ich sage immer: Den Islam haben Männer erfunden, Frauen aber erhalten ihn. Viele Frauen hinterfragen das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, nicht. Und sie geben es weiter an ihre Töchter.

Das klingt pessimistisch.

Soll es aber nicht. In meinem Beruf als Dolmetscherin übersetze ich oft für muslimische Frauen, die häuslicher Ge-

walt ausgesetzt sind. Häufig versucht die hiesige Diaspora zu vermitteln, statt dass die Frauen gleich zur Polizei gehen oder sich an Fachstellen wenden. Den Frauen wird gesagt: Sei doch geduldig, dann ändert er sich vielleicht. Die Verantwortung für die Gewalt wird den Frauen aufgeladen, nicht den Männern.

Was sagen denn die Männer dazu?

Wenn ich mit manchen Männern aus meiner Sprachregion spreche, beklagen sie sich oft, dass ihre Frau hier in Europa plötzlich eine Stimme hat. Richtig so, antworte ich dann. Bei meiner Arbeit als Dolmetscherin sehe ich aber auch, dass sich viel bewegt: Die afghanischen Mädchen beispielsweise, das sind sehr kluge, aufgeweckte Powergirls, die werden mal die Welt regieren. Die sagen: Ich will nicht werden wie meine Mama. Das gibt mir Hoffnung. ■

Die Freidenker-Vereinigung fördert das Stück, das bereits das Halbfinale des Theater-Nachwuchswettbewerbs «Premio» erreicht hat. Das Finale findet am 19. September statt.

Die Premiere von «Metamorphose» ist am 18. November im Tanzhaus Zürich. Alle Aufführungsdaten finden Sie auf der letzten Seite dieser Ausgabe oder auf www.rebelle-art.ch



Zarina Tadjibaeva wurde 1975 in Duschanbe, Tadschikistan, geboren. In der Schweiz ist sie als Theater- und Filmschauspielerin sowie Sängerin tätig. Zarina ist Dolmetscherin für Russisch und Persisch. Seit 2018 ist sie Solo-Darstellerin in der One-Woman-Show «Verschtehsch?» und «Zarina zeigt den Vogel».

BUCH | TIPP

Die Fallen des Multikulturalismus

Die Gesellschaften Europas, in denen wir heute leben, werden zunehmend komplex. Ethnische, religiöse und kulturelle Konflikte durchziehen sie und machen eine Suche nach neuen Entwürfen des Zusammenlebens erforderlich. Will eine Gesellschaft kulturelle Vielfalt und Persönlichkeitsrechte unter einen Hut bringen – das zeigt Cinzia Sciuto in ihrem Buch –, muss sie zwischen Staat und Religion unterscheiden. Sie muss laizistisch sein. Laizität ermöglicht den diversen Spielarten von Religionen und Weltansichten erst, in einer pluralistischen Gesellschaft nebeneinander zu existieren. Sie garantiert auf der einen Seite die Religionsfreiheit, gleichzeitig legt sie jedoch Prinzipien fest, von denen nicht abgewichen werden darf, auch nicht im Namen irgendeiner Gottheit.

Dieser politische Essay in der Art wie die Essays von Carolin Emcke oder Hamed Abdel-Samad zeigt die problematische Kehrseite des Multikulturalismus. Wo Anerkennung und Respekt für die Identitäten der diversen ethnischen, religiösen und kulturellen Bestandteile einer Gesellschaft eingefordert werden, läuft man Gefahr, zu vergessen, dass jeder Einzelne Träger seiner subjektiven Rechte ist und keine Gruppenzugehörigkeit diese ihm streitig machen kann.



ISBN 978-3-85869-886-5

Cinzia Sciuto
Die Fallen des Multikulturalismus
Laizität und Menschenrechte in einer vielfältigen Gesellschaft
Erschienen am 12.8.2020, 208 S., Rotpunktverlag

FEEDBACK | FORUM

RAT | GEBER

Frauen und das Priesteramt – ist das eigentlich korrekt?

Nach wie vor schliesst das Kirchenrecht der katholischen Kirche Frauen von höheren Kirchenämtern aus. Wie ist dies mit der Rechtslage in der Schweiz zu vereinbaren, welche doch die Gleichstellung von Mann und Frau einfordert?

Die Gleichstellungsgesetzgebung hilft Frauen, die ein katholisches Priesteramt bekleiden wollen, hierzulande wenig. Sie ist auf allgemeine Lohngleichheit sowie Diskriminierungen am Arbeitsplatz ausgelegt. Die Kirche dagegen nimmt für sich in Anspruch, die Priesterweihe sei ein religiöser Vorgang. Somit besteht kein klagbarer Anspruch auf Einstellung einer Frau in ein Priesteramt.

Eigentlich wäre der Staat verpflichtet, die Entfaltung seiner Grundrechtsgarantien auch unter Privaten durchzusetzen. Hingegen schaut er in der Praxis – zumal wenn eine Religionsgemeinschaft betroffen ist – oft weg. Von den noch wenig etablierten Glaubensgemeinschaften wie dem Islam wird als Voraussetzung für ihre öffentlich-rechtliche Anerkennung die Einordnung in unser Rechts- und Wertesystem verlangt. Bei althergebrachten Gemeinschaften wie den

Katholiken ist man da offenbar weniger genau. Im Ergebnis gewichtet man das Grundrecht der Religionsfreiheit immer noch höher als das allgemeine Gleichstellungsgebot.

Der Ausschluss der Frauen von gewissen Ämtern der Kirche ginge ja in Ordnung, wenn religiöse Gemeinschaften vollprivat organisiert wären. Genauso wie eine Business-Loge ausschliesslich für Frauen oder ein Schachklub nur für Männer bestehen darf, stünde es in diesem Fall auch den Kirchen frei, sich teilweise oder voll geschlechterexklusiv zu organisieren. Im Gegenzug wäre niemand gezwungen, in solchen Organisationen mitzumachen. In beinahe allen Kantonen der Schweiz aber geniessen die Landeskirchen erhebliche staatliche Protektion bis hin zum Recht auf das Eintreiben eigener Steuern. Von solchen Organisationen darf und muss der Staat eigentlich eine minimale Gleichstellungs-Compliance einfordern.

Michael Suter
MLaw Rechtsanwalt und Notar

Haben Sie rechtliche Fragen? Kontaktieren Sie uns: rechtsberatung@frei-denken.ch

Leser- und Leserinnen-Forum

Trotzeinstellung gegen den naiven Gottesglauben, dieses Wort von Albert Einstein im Magazin 2020/2 will ich beantworten.

Längst stört mich schon die kindliche Trotzhaltung vieler Freidenkenden gegen religiöse Bräuche. Ich glaube, dass es Menschen gibt mit einem Religions-Gen, aber ich habe es wahrscheinlich nicht. Die EMRK und die Menschenrechte nach Schweizer Übersetzung anerkennen die Religionsfreiheit und fügen in Absatz 2 (von mir frei gekürzt) an: «Die Freiheit des Einen darf nicht verwendet werden, um die Freiheit eines Andern zu beschränken.»

Wir dürfen und sollen alle Leute schwatzen und glauben lassen, was sie auch wollen. Das finde ich schön! Wer aber nicht stark genug ist, die ganze Verantwortung für all sein Tun und Lassen selbst zu tragen, braucht einen Hilfsgeist oder Gott, der ihm diese Last abnimmt, denn er würde sonst darunter zusammenbrechen. Wenn wir solchen Menschen die Krücke wegnehmen, machen wir uns schuldig.

Das Bessere ist der Feind des Guten. Gegen eine Sache zu sein, ist Energieverschwendung, eine gute Sache verkauft sich von selbst. Wir dürfen getrost selbstsicher und gelassen auftreten und Andersdenkende ehren.

Peter Riesen, Tobel, Sektion Ostschweiz

Ihre Meinung

Persönliche Stellungnahmen tragen zur Meinungsvielfalt bei. Das Redaktionsteam freut sich daher auf Ihre Beiträge, kurz und kompakt verfasst an: gs@frei-denken.ch. Vergessen Sie bitte Name und Absender nicht.

Wir behalten uns ausdrücklich vor, die Briefe zu kürzen, zu überarbeiten oder zurückzuweisen.

WIR IN DEN MEDIEN

www.frei-denken.ch/medienecho



Karikatur: © Vera Bueller

Versammlungen, Notizen

Wegen der nach wie vor unklaren Entwicklung der Corona-Pandemie finden die Veranstaltungen unter Vorbehalt statt. Die aktuelle Situation bitte jeweils im Internet verifizieren.

Basel/Nordwestschweiz

Freitag, 18. September, 18.30 Uhr
Rest. Rheinfelderhof, Hammerstr. 61, Basel
Generalversammlung

Montags: 28. September, 26. Oktober, 30. November, jeweils ab 19.00 Uhr
Rest. Rheinfelderhof, Hammerstr. 61, Basel
Freie Zusammenkunft

Bern/Freiburg

Montag, 14. September, 19.00 Uhr
Vatter Business Center, Bärenplatz 2, Bern
Saal «Adrian Frutiger»
Wegen Corona dürfen max. 25 Personen teilnehmen. Um Anmeldung wird deshalb gebeten.
Hauptversammlung

Montags: 12. Oktober, 9. November, jeweils ab 19.00 Uhr
Restaurant National, Hirschengraben 24, Bern
Stammtisch

Sonntag, 13. Dezember (Details folgen online)
Jahresendanlass

Ticino

Sabato, 7 novembre, ore 09.00
aula magna della scuola media di Biasca
L'aperitivo e il pranzo conviviale nel ristorante
Touring che sta in faccia alla scuola media.
Assemblea annuale della sezione ticinese

Winterthur

Freitag, 16. Oktober (Details folgen online)
Referat von Prof. Dr. Jörg Stolz: «Religionsgemeinschaften und Säkulare in der Schweiz und Europa: Ursachen für Zu- und Abnahmen der Mitgliederzahlen»

Dienstag, 10. November 2020, 19.30 Uhr
Nachessen: optional um 18.00 Uhr
Restaurant Obergass, Schulstrasse 1, Winterthur
Themenabend: Kirchenmonopole

Zürich

Donnerstags: 10. September, 8. Oktober, 12. November, jeweils ab 19.00 Uhr
Kosmos Bistro, Lagerstrasse 104, Zürich
Stamm

Delegiertenversammlung FVS

Sonntag, 6. September 2020
Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, Zürich
12.00–13.30 Uhr: Fakultatives Mittagessen
13.30–15.30 Uhr: Delegiertenversammlung
16.00–17.30 Uhr: Rahmenprogramm
(Details folgen online)

Grosser Vorstand FVS

Samstag, 14. November, 10.15 Uhr
Schmiedstube, Schmiedenplatz 5, Bern



Shiva begegnet Suva: Religion und Staat im Alltag

Ausstellung bis 12. Dezember im Polit-Forum Käfigturm in Bern

In unserem Alltag gibt es verschiedenste Situationen, in denen religiöse Vorstellungen und staatliche Regelungen aufeinandertreffen: die Weihnachtslieder in der Schule, der Platz auf dem Friedhof oder die Arbeitssicherheit beim Tempelbau. Die Ausstellung stellt konkrete Berührungspunkte vor und zeigt pragmatische Lösungen.

Die Freidenkenden sind mit Porträts prominent vertreten und ausserdem an drei Veranstaltungen dabei:

- 9. September: Podium «Im Dienste aller» mit dem FVS-Präsidenten Andreas Kyriacou, 18.00 bis 20.00 Uhr
- 21. Oktober: Podium «Wie vertragen sich Staat und Religion?» mit GLP-Grossrat und FRB-Vorstandsmitglied Michael Köppli, 18.00 bis 20.00 Uhr
- 28. November: «Living library» mit FRB-Co-Präsidentin Eliane Schmid, 14.00 bis 14.45 Uhr

Anmeldung auf polit-forum-bern.ch

Virtuelles Bier unter Freidenkenden

Wir führen den am Welthumanistentag (21. Juni) eingeführten virtuellen Stammtisch weiter. Wer sich mit anderen Mitgliedern und Interessierten online auf ein Bier treffen will, ist herzlich eingeladen, sich an folgenden Terminen einzuklinken auf frei-denken.ch/virtuellesbier:

- Dienstag, 15. September, ab 20.00 Uhr
- Mittwoch, 14. Oktober, ab 20.00 Uhr
- Donnerstag, 19. November, ab 20.00 Uhr

Gläubige Partner – eine Selbsthilfegruppe

Nicht jede Partnerschaft oder Ehe ist auf kompatiblen Weltanschauungen gegründet oder sie driftet mit der Zeit auseinander. Die entstehenden Spannungen müssen nicht unbedingt negativ sein – sie können zu interessanten Gesprächen führen, zur Entwicklung von mehr Toleranz und Rücksicht. Doch allzu oft wirken sie sich zerstörerisch auf das Zusammenleben aus, wenn der Glaube an Übernatürliches zu extrem wird, wenn er anfängt, nicht nur das Denken, sondern auch das Handeln zu beeinflussen.

Für rational denkende Menschen kann die Partnerschaft mit einem Gläubigen zu einer grossen Herausforderung werden – kann von Verständnis zu Verzweiflung führen, von Hingabe zu Aufgabe.

Wir möchten Freidenkenden eine Möglichkeit bieten, ihre Erfahrungen auszutauschen. Denn oft hilft es, mit anderen darüber reden zu können.

Der Vorschlag für eine Selbsthilfegruppe kommt von unserem Ostschweizer Mitglied Thü, der die Problematik aus eigener Erfahrung kennt. Wer Interesse hat, meldet sich bitte bei ihm unter

thomas.huerlimann@frei-denken.ch

Berühmte Atheisten:

Neil deGrasse Tyson

Neil deGrasse Tyson befasst sich als Astrophysiker mit Sternentwicklung, Zwerggalaxien und der Gestalt der Milchstrasse. Im Alter von 15 Jahren hielt er bereits Vorlesungen. Er schrieb eine Reihe populärwissenschaftlicher Bücher.

VON PIETRO CAVADINI

Neil deGrasse Tyson ist der Mann, der uns den Planeten Pluto genommen hat. Die kleine Steinkugel am Rande des Sonnensystems erfülle nicht die Kriterien eines Planeten, meinte der US-amerikanische Astrophysiker, Kosmologe, Wissenschaftsjournalist, Fernsehmoderator und Sachbuchautor. 2006 bestätigte die Internationale Astronomische Union diese Einschätzung und klassifizierte Pluto als Zwergplanet.

Uns interessieren hier aber weniger die Leistung des 1958 in New York City geborenen deGrasse Tyson als Wissenschaftler, sondern vielmehr seine Diskussionsbeiträge zum Verhältnis von Wissenschaft und Religion.

Ein Atheist, der Agnostiker sein will

Neil deGrasse Tyson ist ein Atheist, der sich mit allen Mitteln dagegen wehrt, als solcher bezeichnet zu werden. Diese Haltung ist wohl der speziellen Situation in den USA geschuldet, wo Atheisten im Ansehen vieler gleich nach den Massenmördern und Pädophilen kommen.

Daneben will der Astrophysiker aber auch nicht mit «militanten» Atheisten wie Dawkins in den gleichen Topf geworfen werden: «Sie können die Definition von Atheisten im Lexikon nachschlagen, und sie trifft irgendwie auf mich zu. Aber was ist die Definition von Atheist in der Praxis? Es ist das, was füh-

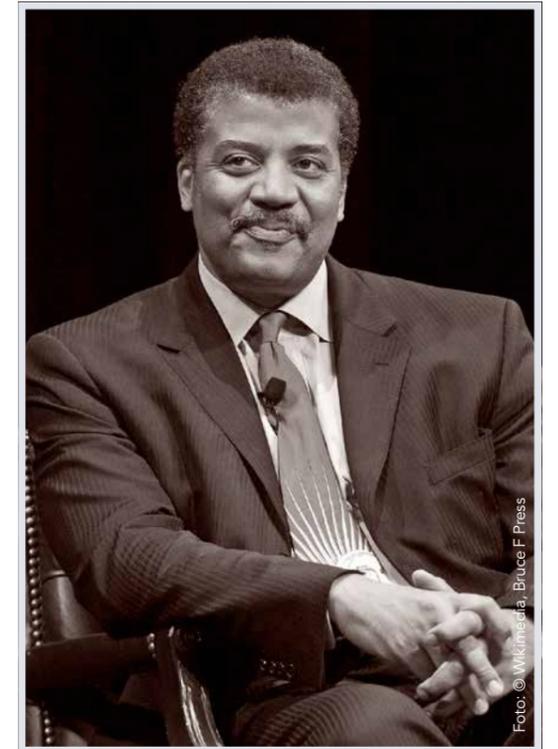
rende Atheisten tun. (...) Denn sie sind die sichtbaren Beispiele für dieses Wort. Und mit den meisten ihrer Verhaltensweisen bin ich entweder nicht einverstanden oder ich lasse mich einfach nicht darauf ein. (...) Ich diskutiere nicht mit religiösen Menschen und sage ihnen, dass sie Idioten sind.» Tyson bezeichnet sich deshalb selber als Agnostiker.

Das Universum will uns umbringen

Dabei ist seine Haltung zur Religion und insbesondere zum Konzept des sogenannten «Intelligent Design» eindeutig: «Jede Vorstellung einer höheren Macht, von der ich weiss, von allen Religionen, die ich kenne, beinhaltet Aussagen über die Gutartigkeit dieser Macht. Wenn ich mir jedoch das Universum ansehe, und die vielen Wege, wie es uns umbringen will, kann ich das nur schwer mit diesen Verlautbarungen über das Gute in Einklang bringen.»

Ein grosser Spötter vor dem Herrn

Und seine ironischen Beispiele wider den Glauben an einen intelligenten Designer der Schöpfung lassen durchaus den Schluss zu, dass er Menschen, die an einen solchen Unsinn glauben, für Idioten hält. «Warum nicht all die Dinge zusammenzählen, deren Design so klobig, doof, unpraktisch oder nicht praktikabel ist, dass sie das Fehlen von Intelligenz widerspiegeln? Wir essen, trinken und atmen durch dasselbe Loch im Kopf, und so ist Ersticken die vierthäufigste Ursache für den unbeabsichtigten Tod durch Verletzungen in den Vereinigten Staaten. Oder nehmen wir



unsere Sammlung nutzloser Körperteile. Was nützt der kleine Zehennagel? Wie wäre es mit dem Anhang, der nach der Kindheit nicht mehr funktioniert und danach nur noch als Ursache für Blinddarmentzündung dient? Und welcher Comedian-Designer hat die Region zwischen unseren Beinen konfiguriert – einen Unterhaltungskomplex, der um ein Abwassersystem herum aufgebaut ist?»

Philosophie der Entdeckung

Für Neil deGrasse Tyson ist Wissenschaft eine Philosophie der Entdeckung und «intelligentes Design» eine Philosophie der Unwissenheit: «Ich möchte nicht, dass Schülern, die den nächsten grossen Durchbruch bei erneuerbaren Energiequellen oder in der Raumfahrt schaffen könnten, beigebracht wird, dass alles, was sie nicht verstehen und was noch niemand versteht, göttlich konstruiert ist und daher über ihre intellektuellen Fähigkeiten hinausgeht.» ■



Foto: © maria rodrigna

«Metamorphose» – eine Theater-Tanz-Performance

Der Weg eines Mädchens im zentralasiatischen Tadschikistan ist vorgezeichnet: Geburt, Heirat, Kinder, Familie. Doch zwei junge Frauen wählten einen anderen Pfad. Auf ihrem Weg zu einem selbstbestimmten Leben trafen sich die beiden fern der Heimat in der Schweiz.

Das Tanz-Theaterstück «Metamorphose» erzählt von der ewigen Scham und Schuld, die Frauen aufgebürdet wird – und von deren Mut und Solidarität.

Die Freidenker-Vereinigung fördert das Stück, das bereits das Halbfinale des Theater-Nachwuchswettbewerbs «Premio» erreicht hat.

Das Finale findet am 19. September ab 10.00 Uhr an der Zürcher Hochschule der Künste statt. Die Veranstaltung ist öffentlich.

Siehe auch das Interview Seite 23/24

Donnerstag, 8. Oktober, 20.30 Uhr:
Metamorphose (work in progress)
Schlachthaus Theater
Rathausgasse 20, Bern

Freitag, 9. Oktober, 20.30 Uhr:
«Rebellas on tour» – feministisches
Theaterfestival «OH BODY»
Schlachthaus Theater
Rathausgasse 20, Bern

Mittwoch, 18. November, 20.00 Uhr:
Premiere Metamorphose
Tanzhaus Zürich
Wasserwerkstrasse 127a, Zürich

Donnerstag 19. November, 20.00 Uhr,

Montag 23. November, 20.00 Uhr:
Metamorphose
Tanzhaus Zürich,
Wasserwerkstrasse 127a, Zürich

www.rebelle-art.ch



freidenkende.
JAHRESBERICHT 2019

Jahresbericht 2019

Der Jahresbericht 2019 ist erschienen – in Deutsch, Französisch und Italienisch.

Wer ein Exemplar wünscht, kann gerne eines bei der Geschäftsstelle bestellen: gs@frei-denken.ch